

9. Sitzung

am Dienstag, dem 25. Januar 2000

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	252
Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	252

Fragestunde

1. Ehemalige Focke-Wulff-Werke in Bremen-Hemelingen

Anfrage der Abgeordneten Frau Kummer, Dr. Schuster, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 14. Dezember 1999	253
---	-----

2. Wettmittel, Haushaltsmittel und Umweltprojekte

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Dezember 1999.....	253
--	-----

3. Neubau der Schule Weidedamm III

Anfrage der Abgeordneten Frau Schreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 21. Dezember 1999	254
--	-----

4. Gemeinsame Arbeit von Polizei und Ordnungsamt (Stadtamt)

Anfrage der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 21. Dezember 1999	256
--	-----

5. Läusebefall von Kindern

Anfrage der Abgeordneten Frau Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 22. Dezember 1999	256
--	-----

6. Nutzung der ehemaligen Bauberufsschule am Schulzentrum Neustadt

Anfrage der Abgeordneten Jäger, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 22. Dezember 1999	258
--	-----

7. Probenräume für Rockmusiker

Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Januar 2000	259
--	-----

8. Einschränkung der Parkmöglichkeiten in der Ingolstädter Straße (Gewerbegebiet Hohweg)	
Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 11. Januar 2000	260
9. Nutzungsänderung bei städtischen Bunkern	
Anfrage der Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Dr. Trüpel, Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. Januar 2000	261
10. Schaffung von blindengerechten Fußgängerüberwegen	
Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Frau Arnold-Cramer, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. Januar 2000	262
11. Sanierung des Bahnhofs Sebaldsbrück	
Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. Januar 2000	263
12. Ampelanlage verändern	
Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. Januar 2000	265
13. Kulturzentrum Teerhof Bremen	
Anfrage der Abgeordneten Frau Emigholz, Frau Kummer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 12. Januar 2000	265
14. Verkauf des Siemens-Hochhauses	
Anfrage der Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 12. Januar 2000	267
15. Elterninformation nur in deutscher Sprache	
Anfrage des Abgeordneten Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. Januar 2000	268
Aktuelle Stunde	269
Schulsanierung fortsetzen	
Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom 22. November 1999 (Drucksache 15/59 S)	
Dazu	
Mitteilung des Senats vom 14. Dezember 1999	
(Drucksache 15/76 S)	
Abg. Frau Wangenheim (SPD)	269
Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	270
Abg. Rohmeyer (CDU)	272

Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen)	274
Staatsrat Köttgen	275

Verkehrskonzept Bahnhofsvorstadt - Bürgerweide - Vorderes Schwachhausen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 vom 30. November 1999
 (Drucksache 15/63 S)

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	275
Abg. Dr. Sieling (SPD)	277
Abg. Pflugradt (CDU)	278
Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen)	280
Senatorin Wischer	281
Abstimmung	282

**Bebauungsplan 2189 mit Deckblatt
 für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Dovemoorstraße, Kleinbahn,
 Heinrich-Plett-Allee und Kirchhuchtinger Landstraße**

Mitteilung des Senats vom 14. Dezember 1999
 (Drucksache 15/75 S)

282

„Bremen - bürgerorientierte Kommune“

Mitteilung des Senats vom 21. Dezember 1999
 (Drucksache 15/79 S)

Abg. Frau Wiedemeyer (SPD)	283
Abg. Herderhorst (CDU)	285
Abg. Dr. Güldner (Bündnis 90/Die Grünen)	286
Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU)	289
Senatorin Adolf	291
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	293

**Siebtes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der
 Stadtgemeinde Bremen**

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000
 (Drucksache 15/85 S)

295

**Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7
 vom 18. Januar 2000**

(Drucksache 15/88 S)	295
----------------------------	-----

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Kauertz, Frau Lemke-Schulte, Manfred Oppermann.

Präsident Weber
Vizepräsident Dr. Kuhn
Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Hannken

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Schulte** (CDU)

Senatorin für Bau und Umwelt **Wischer** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Adolf** (SPD)

Staatsrat **Dr. Hoppensack** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Köttgen** (Senator für Bildung und Wissenschaft)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Präsident des Rechnungshofs **Spielhoff**

Vizepräsident Ravens eröffnet die Sitzung um 14.00 Uhr.

Vizepräsident Ravens: Die neunte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Volle Halbtagschulen erhalten, verlässliche Grundschulen entwickeln, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Januar 2000, Drucksache 15/90 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Wird die Begründung der Dringlichkeit gewünscht? - Ich stelle fest, das ist nicht der Fall.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag am Schluss der Tagesordnung aufzurufen und, wie interfraktionell vereinbart wurde, während der Sitzung der Stadtbürgerschaft am Donnerstag zu behandeln.

Erheben sich hier Widersprüche? - Ich höre keinen Widerspruch.

Die Stadtbürgerschaft ist damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Schaffung von akzeptablen Rahmenbedingungen bei der Nutzung von Schulsporthallen
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. Januar 2000
(Drucksache 15/87 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Februar-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

1. Bürgerbüros, Ortsämter und Beiräte
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10. November 1999
Dazu
Antwort des Senats vom 21. Dezember 1999
(Drucksache 15/80 S)
2. Kauf des Siemens-Hochhauses und die Folgen
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. November 1999
Dazu
Antwort des Senats vom 14. Dezember 1999
(Drucksache 15/77 S)
3. Attraktivitätssteigerung Sielhof/Huckelriede
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 24. November 1999
Dazu
Antwort des Senats vom 18. Januar 2000
(Drucksache 15/89 S)
4. Mobilität von Senioren
Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 30. November 1999
Dazu
Antwort des Senats vom 11. Januar 2000
(Drucksache 15/86 S)
5. Anlage zum Ablagern von Abfällen, Gewerbepark Hansalinie Hemelingen (so genanntes Landschaftsbauwerk)
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20. Januar 2000
6. Kauf des Siemens-Hochhauses und die Folgen, Nachfrage
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Januar 2000

Zur Abwicklung der Tagesordnung sind interfraktionelle Absprachen getroffen worden, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunkts sieben, Akzeptierende Jugendarbeit, und zur Vereinbarung einer Redezeit bei einem Tagesordnungspunkt.

Wer mit diesen interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit der interfraktionellen Absprache einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Meine Damen und Herren, für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 15 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage bezieht sich auf die **ehemaligen Focke-Wulff-Werke in Bremen-Hemelingen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Kummer, Dr. Schuster, Böhrsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kummer!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wer sind die derzeitigen Eigentümer des Geländes der ehemaligen Focke-Wulff-Werke?

Zweitens: Welche Planungen verfolgt die Stadt für das Gelände und die vorhandenen Gebäude?

Drittens: Wie bewertet der Senat den preisgekrönten Vorschlag eines Architekten, die bestehenden Gebäude zu Wohnzwecken umzunutzen?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu eins: Das Grundstück ist für das Treuhandvermögen durch die Gewoba als Sanierungsträger erworben worden.

Zu zwei: Das Gelände liegt im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet „Hemelingen“, rechtskräftig durch Veröffentlichung am 30.10.1997. Der auf der Grundlage der Sanierungsziele erarbeitete städtebauliche Rahmenplan sieht für dieses Areal die Trasse des Straßentunnels Hemelingen sowie die Neuerschließung gewerblicher Brachen für Wohnbebauung vor. Mit der 73. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983, rechtskräftig seit dem 15. Februar 1999, ist das Gelände als Wohnbaufläche dargestellt worden, durchzogen von der Trasse für den Straßentunnel Hemelingen.

Für den Trassenbereich wurde ein Planfeststellungsverfahren „Straßentunnel Hemelingen“ durchgeführt, der Feststellungsbeschluss ist am 30.3.1999 gefasst worden. Die erforderlichen Flächen sind erworben worden, und mit dem Bau wurde begonnen. Mit dem Bebauungsplanverfahren 2162 wurde durch die Deputation für das Bauwesen am 13.2.1997 die Aufstellung eines

Bebauungsplanes beschlossen mit dem Ziel, die Flächen unter Berücksichtigung des Straßentunnels Hemelingen der Wohnbebauung zuzuführen. Das bedeutet Abriss der alten Produktionshallen, Bodensanierung und anschließende Wohnbebauung unter besonderer Berücksichtigung der von der Eisenbahn ausgehenden Verkehrslärmemissionen. Ein schalltechnisches Gutachten gibt als städtebauliche Grundkonzeption eine zwei- bis dreigeschossige Bebauung, lärm-schattenbildend angeordnet, mit zirka 300 Wohneinheiten vor, größtenteils als Einfamilienreihenhäuser. Ausgehend von diesen Planungszielen ist der Abbruch der alten Werkshallen durch den Sanierungsträger veranlasst worden. Mit den Arbeiten wurde bereits begonnen.

Es ist beabsichtigt, über einen städtebaulichen Wettbewerb oder eine Investorenausschreibung die städtebauliche Konzeption zu präzisieren. Dies soll vom Sanierungsträger vorbereitet werden. Daran anschließend wird der Bebauungsplan 2162 seine endgültige Form erhalten.

Zu drei: Die mit dem BDA-Studienpreis ausgezeichnete Diplomarbeit wurde über eine Ausstellung im Amt für Stadtplanung und Bauordnung, Fachbereich Stadtplanung, der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Vordergrund dieser Arbeit stehen Entwurfsidee, konzeptionelle Darstellung und bautechnische Details, weniger die städtebauliche und wirtschaftliche Machbarkeit. Unberücksichtigt bleibt insbesondere auch der Gesichtspunkt, dass ohne Abbruch der alten Gebäude eine vollständige Dekontamination des Bodens praktisch unmöglich ist. Wenn auch im experimentellen Wohnungsbau mit sehr hohem finanziellen Aufwand bautechnisch fast alles möglich ist, ist die Umsetzung dieser Entwurfsidee städtebaulich und wirtschaftlich unrealistisch. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Wett-mittel, Haushaltsmittel und Umweltprojekte**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte sehr, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: In welcher Höhe sollen in den beiden Jahren 2000 und 2001 Wettmittel und Haushalts-

mittel für die Projekte im Umweltbereich zur Verfügung stehen?

Zweitens: Wie wird der Senat bis zur endgültigen Verabschiedung des Haushalts 2000/2001 die Arbeit der Umweltprojekte absichern?

Drittens: Aus welchem Grund soll der Haushalts-titel der Bremer Umweltberatung ebenfalls auf die Wettmittelfinanzierung umgestellt werden?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Fragen wie folgt:

Zu eins: Der Deputation für Umweltschutz und Energie wird mit Vorlage zur Sitzung am 10.2.2000 vorgeschlagen, für Projekte im Umweltbereich in den Jahren 2000 und 2001 Wettmittel in Höhe von 870.000 beziehungsweise 850.000 DM bereitzustellen.

Zu zwei: Bei den Wettmitteln handelt es sich um zweckgebundene Drittmittel, so dass ihre Zuweisung nicht von der Verabschiedung des Haushalts abhängig ist, sondern von einem entsprechenden Beschluss der zuständigen Deputation. Bewilligungsbescheide können deshalb unmittelbar nach Beschluss erstellt werden.

Zu drei: Die Umstellung der Förderung des Umweltressorts für die Bremer Umweltberatung ist bereits seit dem Jahr 1998 im Einvernehmen mit der zuständigen Fachdeputation von Haushaltsauf Wettmittel erfolgt, um die durch das Ressort im ordentlichen Haushalt zu erbringenden Einsparungen bei freiwilligen Leistungen darstellen zu können. Für die Zuschussempfängerin haben sich hieraus weder inhaltliche noch formale Veränderungen ergeben. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte sehr, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann interpretiere ich es also richtig, dass hiermit keine überproportionalen Kürzungen der Projekte vorgesehen sind, das kann man auch in der Richtung zusammenfassen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das weiß ich nicht, ob Sie das aus der Antwort schließen können.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich hatte es gedacht! Also, das bleibt weiterhin offen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich verweise noch einmal auf die Antwort, die ich Ihnen gegeben habe, dass wir Mittel in Höhe von 870.000 beziehungsweise 850.000 DM bereitstellen wollen, dass Sie für die nächste Umweltdeputationssitzung eine entsprechende Vorlage bekommen und wir dann die einzelnen Dinge auch beraten können.

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Neubau Schule Weidedamm III**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Schreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte sehr, Frau Schreyer!

Abg. Frau **Schreyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Welche Erkenntnisse hat der Senat über die vom Bildungssenator während einer öffentlichen Veranstaltung im November zugesagte erneute Überprüfung aller Fakten in Bezug auf den Neubau der Grundschule im Gebiet Weidedamm III?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Staatsrat Köttgen.

Staatsrat Köttgen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat und die Deputation für Bildung haben sich 1997 für die Unterbringung von Grundschul-klassen auf dem Grundstück des Landesinstituts für Schule und gegen eine Neubaulösung im Entwicklungsgebiet Findorff-Weidedamm III entschieden. In Umsetzung dieser Beschlüsse sind beim Landesinstitut für Schule entsprechende Um- und Erweiterungsbauten vorgenommen worden.

Die Überprüfung der seinerzeit entscheidungsrelevanten inhaltlichen Aspekte hat bisher zu folgendem Ergebnis geführt:

Erstens: Die Nutzungsdauer der zurzeit von Grundschul-klassen genutzten Mobilbauklassen

beim Landesinstitut für Schule wird bestätigt, das heißt, bei Einsatz der üblichen Bauunterhaltungsmittel ist die Notwendigkeit eines Ersatzes in den nächsten zehn bis zwölf Jahren nicht zu erwarten.

Zweitens: Das Neubaugebiet Findorff-Weidedamm III wird zurzeit mit zumutbaren Schulwegen durch die Schulstandorte am Landesinstitut für Schule und an der Augsburgers Straße versorgt. Ein Schulneubau ist aus Schulweggründen nicht zwingend erforderlich.

Drittens: Die Analyse der mittelfristigen Schülerzahlentwicklung bestätigt die bisherige Planung, neben den Grundschulen Admiralstraße und Augsburgers Straße eine weitere zweizügige Schule zu führen. Dabei lässt das Lokalaufkommen der Kinder beziehungsweise Schüler sowohl das bisherige Gebäude des Landesinstituts für Schule als auch einen Standort im Neubaugebiet Findorff-Weidedamm III zu.

Ob entgegen der bisherigen Beschlusslage ein Schulneubau im Entwicklungsgebiet Findorff-Weidedamm III realisiert werden kann, hängt vorrangig von den finanziellen Rahmenbedingungen ab. Die in diesem Zusammenhang beauftragten Prüfungen zum Grundstücksbedarf, zur Kostenhöhe, zur Finanzierung und zu alternativen Finanzierungsmodellen sind noch nicht abgeschlossen. Es gibt derzeit keine Notwendigkeit, von der Beschlusslage des Senats abzuweichen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Schreyer!

Abg. Frau **Schreyer** (CDU): Gibt es einen Zeitrahmen, wann die Prüfungen abgeschlossen sein werden, denn sie sind ja in Auftrag gegeben?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Köttgen: Ich gehe davon aus, dass diese Prüfung in spätestens vier Wochen abgeschlossen sein wird.

(Abg. Frau Schreyer [CDU]: Danke schön!)

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Staatsrat, können Sie erklären, warum Herr Senator Lemke trotzdem auf einer öffentlichen Veranstaltung zugesagt hat, dass man das doch bitte prüfen soll, und ob da nicht ein gewisser Widerspruch zu Ihrer Antwort erkenntlich ist?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Köttgen: Nein, es ist kein Widerspruch. Ich habe ja gerade gesagt, wir sind dabei, dies zu prüfen. Das hat der Senator in Auftrag gegeben, und das hat er auch öffentlich erklärt.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Staatsrat, in der Tat war Ihre Äußerung hier etwas unklar. Sie haben erstens gesagt, es besteht kein Anlass, von dem Senatsbeschluss abzuweichen, der Senatsbeschluss hieß, dort keine Schule zu bauen, zweitens haben Sie aber gesagt, Sie prüfen das, und es gibt zwei mögliche Standorte, also den jetzigen und einen anderen. Jetzt hätte ich gern von Ihnen gewusst: Was präferiert eigentlich das Ressort? Ist Ihr Interesse, eine neue Schule zu bauen - sonst würden Sie doch nicht prüfen lassen, wenn alles für die nächsten zwölf Jahre in Ordnung ist -, oder ist Ihr Interesse, gegenüber allen Kritikern noch einmal klarzustellen, dass es nicht lohnt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Köttgen: Herr Abgeordneter Mützelburg, ich habe gesagt, dass es derzeit keine Notwendigkeit gibt, davon abzuweichen, und nicht, dass es keine Notwendigkeit gibt. Wir wollen alle Bedingungen kennen, ehe wir eine endgültige Entscheidung treffen beziehungsweise gegebenenfalls dem Senat dann vorschlagen, eine andere Entscheidung zu treffen. Dies können wir aber erst sagen, wenn wir alle Bedingungen, die ich genannt habe, Grundstücksbedarf, Kosten, Finanzierung, gegebenenfalls alternative Finanzierungsmodelle, kennen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Darf ich daraus schließen, Herr Staatsrat, dass die Berechnungen, die ja seinerzeit auch vorgelegt worden sind und die unter anderem aus Kostengründen zur Ablehnung geführt haben, aus Ihrer Sicht heute nicht mehr gelten?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Köttgen: Sie werden zumindest überprüft, Herr Abgeordneter.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Vizepräsident Ravens: Sind Sie bereit, eine weitere Zusatzfrage vom Abgeordneten Bürger anzunehmen?

Staatsrat Köttgen: Das ist mein erstes Mal hier, es ist ein bisschen schwierig.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Das schaffen Sie schon, Herr Köttgen!)

Vizepräsident Ravens: Bitte sehr, Herr Bürger!

Abg. **Bürger** (CDU): Herr Staatsrat, sind Sie mit mir der Meinung, dass, wenn Sie zu dem Ergebnis kommen, doch etwas neu im Gebiet Weidedamm III erstellen zu müssen, dieser Neubau nicht aus den Finanzmitteln des Stadtreparaturfonds bezahlt werden sollte?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Köttgen: Das sehe ich auch so, Herr Abgeordneter, dass das zumindest schwierig ist, weil der ja vordringlich für Sanierungen gedacht ist, wie Sie wissen.

(Abg. Bürger [CDU]: Richtig, deshalb fragte ich noch einmal nach! Danke schön!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **gemeinsame Arbeit von Polizei und Ordnungsamt - Stadtamt** -. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Herderhorst, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Herderhorst, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Herderhorst** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Erkenntnisse hat der Senat über das Pilotprojekt BOSS - Büro für Ordnung, Schutz, Sicherheit - in der Stadt Paderborn, und wie beurteilt der Senat dieses Projekt?

Zweitens: Hält der Senat die Gründe und Voraussetzungen, die in Paderborn zur Umsetzung des Projektes geführt haben, für auf Bremen übertragbar, und welche Vorstellungen hat der Senat bezüglich einer teilweisen oder ganzen Übernahme des Projektes für Bremen, und wie begründet der Senat seine Auffassungen?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Senator für Inneres, Kultur und Sport ist das Büro für Ordnung, Schutz und Sicherheit, BOSS, in Paderborn, das als Bürger-Anlaufstelle gemeinsam von der Polizei und dem Ordnungsamt betrieben wird und in der Paderborner Innenstadt mehr subjektive und objektive Sicherheit erzeugen soll, bekannt. Die fest eingesetzten Mitarbeiter sollen Ansprechpartner für die Anwohner, Gäste und Geschäftsleute der Stadt sein.

Die Philosophie der bürgernahen Polizeiarbeit sowie die Idee einer engeren Zusammenarbeit der mit öffentlicher Sicherheit befassten Behörden und Institutionen zur Optimierung der inneren Sicherheit ist vom Senat bereits in seiner grundsätzlichen Sicherheitsstrategie befürwortet und auch umgesetzt worden. Beispielhaft wurde sie in der Crime-Control-Initiative, der Aktion Sicherheitsnetz sowie der Initiative „Saubere Stadt, lebendiges Bremen“ umgesetzt.

Seit dem 3. Juni 1999 gibt es in der Bremer Innenstadt ein Kontaktbüro der Polizei Bremen, das von den Bremer Bürgern und vom Einzelhandel sehr positiv angenommen wird. Damit hat sich auch für Bremen die subjektive und objektive Sicherheit im Innenstadtbereich durch eine dem Paderborner Modell ähnliche Einrichtung nachhaltig verbessert.

Zu Frage zwei: Der Senator für Inneres, Kultur und Sport analysiert ständig die bundesweite Entwicklung staatlicher und kommunaler Sicherheitspartnerschaften und schreibt unter anderem auf dieser Basis die eigenen Kriminalitätsbekämpfungskonzepte fort.

Eine Übertragung des Paderborner Konzeptes auf Bremen ist aufgrund der erfolgreich umgesetzten Crime-Control-Initiative, der nicht unmittelbar vergleichbaren Verwaltungsstrukturen zwischen dem Stadtamt und der Ordnungsbehörde Paderborn sowie der sich aus dem Bremischen Polizeigesetz ergebenden Aufgabenwahrnehmung der Polizeibehörden nicht zwingend. Ob zusätzlich zu den Kräften des Polizeivollzugsdienstes auch Mitarbeiter des Stadtamtes im Bremer Kontaktbüro eingesetzt werden sollen, wird derzeit auch mit Blick auf die angespannte Personalsituation geprüft. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Dr. Schulte.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf **Läusebefall von Kindern**. Die Anfrage ist unterschrieben von

den Abgeordneten Frau Striezel, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte Frau Striezel, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wie ist der Sachstand bezüglich des zunehmend festzustellenden Läusebefalls von Kindern an Schulen und Kindertagesheimen in Bremen?

Weshalb werden bei Läusebefall von Kindern an Schulen und Kindertagesheimen nicht gemeinsame Maßnahmen mit dem Gesundheitsamt vorgenommen?

Hält der Senat die Verteilung eines Merkblattes an die Eltern betroffener Kinder als einzige Maßnahme für ausreichend?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Staatsrat Dr. Hoppensack.

Staatsrat Dr. Hoppensack: Frau Senatorin Adolf begleitet gerade den Bundeskanzler, deswegen will ich mich mit den Läusen beschäftigen!

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Es trifft nicht zu, dass der Kopflausbefall zugenommen hat. Im Übrigen gibt es ein aktuelles, 1999 von Schulen und Gesundheitsamt entwickeltes gemeinsames Konzept für das Vorgehen beim Auftreten von Kopfläusen. Dieses setzt nicht mehr auf ungezielte Umgebungsuntersuchungen, sondern auf die gezielte Einzelintervention.

Die Eltern der betroffenen Kinder werden durch die Schule oder durch das Kindertagesheim über den aufgetretenen Kopflausbefall unterrichtet und über die notwendigen Maßnahmen informiert. Wie bei jeder anderen Infektionskrankheit auch ist an erster Stelle die Fürsorgepflicht der Eltern gefragt, und diese nehmen in der ganz überwiegenden Zahl ihre Verantwortung auch wahr.

Bei Problemfällen bietet das Gesundheitsamt eine gezielte Intervention an. Den Kontakt zu diesen Familien müssen aus datenschutzrechtlichen Gründen die Schulen und Kindertagesheime vermitteln. Die Erfahrung der letzten Monate zeigt, dass diese Kontaktaufnahme meistens erfolgreich ist, so dass eine intensive Betreuung der betreffenden Familie, also auch der Geschwisterkinder und Eltern, möglich ist. Teilweise werden sogar die Anwendung der entsprechenden Präparate unter Aufsicht durchgeführt und regelmäßige Termine zur Nachschau vereinbart.

Wie bei allen anderen Infektionskrankheiten auch sollte gegebenenfalls erst nach dem Urteil eines Arztes der Schulbesuch beziehungsweise KTH-Besuch wieder aufgenommen werden. Da die Behandlungsmöglichkeiten bei Kopflausbefall jedoch unproblematisch sind, hält das Gesundheitsamt die generelle Einforderung eines Attestes für nicht angemessen. Sollten jedoch einzelne Schulen und Kindertagesheime darauf bestehen, wird bei bestehender Rechtslage dagegen nichts einzuwenden sein.

Die Umstellung des Verfahrens bei Auftreten von Kopfläusen in Schulen und Kindertagesheimen auf gezielte Einzelintervention wurde durch das Gesundheitsamt durch persönliche Beratungen und Teilnahme an Konferenzen und Elternabenden erläutert und begründet. Ebenso hat der Senator für Bildung und Wissenschaft alle Schulen per Rundschreiben über das geänderte Verfahren informiert.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Sie haben unter anderem ausgeführt, dass es überwiegend unproblematisch sei, gegen die Läuse anzugehen. Das ist gesundheitlich sicher richtig, ansonsten ist es aber ein ziemlicher Aufwand. Ich weiß das aus eigener Erfahrung, als meine Kinder einmal mit Kopfläusen kamen, deswegen hat mich das Thema auch so interessiert. Der Aufwand, den Eltern betreiben müssen, ist schon enorm. Wenn man das sogar noch wieder machen muss, weil ein Kind das immer noch nicht ganz geschafft hat zu Hause oder gemeinsam mit den Eltern, ist das schon eine ziemlich schwierige Geschichte. Von daher wäre es schon gut, wenn wir alle Möglichkeiten nutzen, den Eltern, den Erziehungsberechtigten, die sich ja überwiegend darum kümmern, auch die entsprechenden Möglichkeiten an die Hand zu geben.

Deswegen meine Nachfrage: Gibt es in den Kindertagesheimen ein Merkblatt oder einen schriftlichen Hinweis nur in deutscher Sprache oder auch in anderen gängigen Sprachen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Hoppensack: Das Merkblatt, von dem ich eben gesprochen habe, gibt es nur in Deutsch. Die Einrichtungen, also die Schulen und Kindertagesheime, haben aber ein zusätzliches Merkblatt, eine kleine Broschüre der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, am Lager und geben das dann an die ausländischen Kinder beziehungsweise ihre Eltern aus.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Ist das vom Angebot der Sprachen her auch ausreichend, oder gibt es das zum Beispiel nur in Türkisch?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Hoppensack: Wir haben bisher nicht feststellen können, dass das nicht ausreicht. Wir gehen zunächst davon aus, dass das geht.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Wären Sie bereit, einmal in den Kindertagesheimen nachzufragen, ob es da möglicherweise weitere Variationsmöglichkeiten geben sollte?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Hoppensack: Gut, das können wir machen!

Vizepräsident Ravens: Zu einer weiteren Zusatzfrage Frau Abgeordnete Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Dr. Hoppensack, Sie haben gesagt, dass es keinen Zuwachs an Kopflausbefällen gegeben hat. Woher liegen die Zahlen vor? Werden sie dem Gesundheitsamt gemeldet?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Hoppensack: Es gibt keine Läusestatistik. Wir haben jetzt keine spezielle Umfrage gemacht, sondern haben die Leitungspersonen, die mit Kindergärten und auch mit Schulen und Schulaufsicht zu tun haben, gefragt, ob es irgendwelche Anzeichen gibt, dass dieses Problem zunimmt. Das ist einfach nicht bestätigt worden, und deswegen haben wir gesagt, etwas Alarmierendes gibt es aus unserer Sicht jedenfalls nicht.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist Ihnen bekannt, dass in einzelnen Stadtteilen der Kopflausbefall seit drei Monaten epidemieartig grassiert und in einzelnen Apotheken, das weiß auch ich aus eigener Erfahrung, das Läusebekämpfungsmittel - es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, Läuse zu bekämpfen, das weiß ich jetzt auch als Mutter - zum Teil nicht mehr zu erhalten ist und es immer wieder zum Läusebefall kommt, weil einige Eltern doch nicht in der Gründlichkeit entlausen, wie es notwendig wäre?

Welche Maßnahmen entwickelt der Senat in diesem Zusammenhang, doch vielleicht noch einmal

die Kooperation mit dem Gesundheitsamt und den Kindergärten wieder aufleben zu lassen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Hoppensack: Der öffentliche Gesundheitsdienst hat mir darüber auch berichtet, also unser Gesundheitsamt hier in Bremen. Das Amt hat darauf hingewiesen, dass es, anders als es früher der Fall war, als sozusagen jedes Auftreten von Läusen zu einer flächendeckenden Untersuchung geführt hat, heute gezielt, und zwar insbesondere in - wie wir uns mittlerweile angewöhnt haben zu sagen - sozial benachteiligten Wohnbereichen, vorgeht und auch versucht, den Eltern mit Beratungen klar zu machen, dass das nicht nur lästig für ihre eigenen Kinder ist, sondern für viele andere auch. Das weiß das Gesundheitsamt, und es versucht, das auch durch Rat in die Tat umzusetzen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Dankel!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die fünfte Anfrage beantwortet.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Nutzung der ehemaligen Bauberufsschule am Schulzentrum Neustadt**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Jäger, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Ich bitte den Abgeordneten Jäger, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Jäger** (CDU): Wir fragen den Senat:

Für welche Zwecke von welchen Institutionen wird das Gebäude der ehemaligen Bauberufsschule am Schulzentrum Neustadt in der Delmestraße 141 b genutzt?

Welche Interessenten, Initiativen oder Ideen zur Nutzung sind dem Senat bekannt, und welche Bemühungen hat der Senat in den letzten Jahren seinerseits unternommen, um zu einer besseren Verwendung des Gebäudes beziehungsweise des Grundstücks zu kommen?

Weshalb ist es bisher noch nicht zu konkreten Umsetzungen der vorgenannten Vorschläge gekommen?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet durch Herrn Staatsrat Köttgen.

Staatsrat Köttgen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Gebäude der ehemaligen Lehrbaustelle, das ist diese Bauberufsschule, an der Delmestraße werden zurzeit lediglich in Teilbereichen vom Schulzentrum Neustadt, einer Ateliergemeinschaft und der Neustädter Speeldeel für Lagerzwecke genutzt. Eine quantitative und qualitative Nutzungserweiterung ist grundsätzlich möglich und wünschenswert, setzt aber eine Erneuerung der gesamten technischen Infrastruktur voraus. Planungen, das Objekt mit Hilfe eines privaten Investors reaktivieren zu können, sind bislang an dem hohen Sanierungsaufwand gescheitert.

Neben den bereits genannten Nutzern liegen weitere Anfragen für eine Raumüberlassung im Gebäude der ehemaligen Lehrbaustelle vor. Diese Nutzungsvorstellungen beschränken sich jedoch lediglich auf Teilbereiche des Gebäudekomplexes und sind für sich allein nicht lebensfähig. Vor diesem Hintergrund lässt der Senator für Bildung und Wissenschaft zurzeit die Möglichkeit prüfen, inwieweit die vielfältigen soziokulturellen, schulischen und privaten Nutzungsinteressen in einem Projekt der lokalen Agenda 21 gebündelt werden können mit dem Ziel, ein tragfähiges Raumnutzungs- und Finanzierungskonzept zu erarbeiten. Dabei geht der Senator für Bildung und Wissenschaft davon aus, dass für die Herrichtungskosten eine haushaltsneutrale Drittmittelfinanzierung ebenso unverzichtbar ist wie eine finanzielle Beteiligung der Nutzer an den Unterhaltungs- und Betriebskosten.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Jäger** (CDU): Herr Staatsrat, teilen Sie meine Auffassung, dass der seit Jahren fortschreitende Verfall dieses Gebäudes im Zentrum der Neustadt ein wenig verantwortlicher Umgang des Senats mit Gebäuden in öffentlicher Hand darstellt? Wir stellen hier heute nicht die erste Frage im Parlament zu diesem Thema!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Köttgen: Herr Abgeordneter, ich teile Ihre Auffassung nicht, weil der Senat natürlich verantwortungsvoll vorgeht.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Jäger** (CDU): Teilen Sie meine Auffassung, Herr Staatsrat, dass es nicht nur darauf ankommt, welche Anfragen vorliegen, sondern dass man vielleicht auch aktiv seitens des Senats den Prozess im Stadtteil begleiten sollte, weitere Inte-

ressenten zu gewinnen? Sind Sie bereit, auch den benachbarten Sportverein in Ihre Überlegungen einzubeziehen? Ich frage dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass Sie nur von soziokulturellen, schulischen und privaten Nutzungsinteressen sprechen.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Köttgen: Ich will Ihre Anregung, Herr Abgeordneter, gern aufnehmen! Wir werden auch prüfen, ob es dort entsprechende Nutzer gibt. Ich bin daran interessiert, dass spätestens zum Ende dieses Jahres ein neuer Träger für dieses Gebäude gefunden ist.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Jäger** (CDU): Dann verstehe ich Sie richtig, dass Sie recht zuversichtlich sind, dass, wenn ich hier in einem Dreivierteljahr erneut im Parlament nachfrage, wir nicht nur Absichten hören, sondern Sie auch von Taten berichten können?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Köttgen: Ich bin zuversichtlich!

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Herrn Staatsrat Köttgen.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Probenräume für Rockmusiker**“. Die Anfrage ist unterschrieben von der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Frau Dr. Trüpel, ich bitte Sie, die Fragestellung vorzunehmen!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wird der Senat dafür sorgen, dass die Bunker, die Rockmusiker als Probenräume über viele Jahre nutzten, schnell den Sicherheitsstandards der Feuerwehr angepasst und dann den Musikern wieder zur Nutzung überlassen werden?

Zweitens: Bis wann soll die Sanierung abgeschlossen sein, welches Kostenvolumen ist dafür erforderlich, und zu welchen Konditionen sollen die Räume den Musikern dann zur Nutzung gegeben werden?

Drittens: Welche Ersatzräume können den Rockmusikern in der Übergangsphase ab wann zur Verfügung gestellt werden?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins und zwei: Der Senat stellt fest, dass einige Bunkerräume, die ursprünglich Musikgruppen für Proben zur Verfügung gestellt wurden, geschlossen werden mussten, weil sie den Sicherheitsstandards der Feuerwehr nicht mehr entsprechen, eine weitere Nutzung durch die Musikgruppen also nicht mehr verantwortbar ist.

Der Senat strebt an, die Bunker, in denen Probenräume für die Musiker bereitgestellt worden sind, gemäß den feuerpolizeilichen Forderungen herrichten zu lassen. Zurzeit werden der Sanierungsumfang und die Kosten der Baumaßnahmen ermittelt. Eine endgültige Entscheidung über die Sanierung wird getroffen, sobald die Kostenkalkulation vorliegt. Nach erfolgter Sanierung sollen die Räume den bisherigen Nutzern erneut überlassen werden. Die Konditionen stehen gegenwärtig noch nicht fest.

Zu drei: Zur Lösung der durch die Schließung aufgeworfenen Fragen haben bereits konstruktive Gespräche mit den bisherigen Nutzern, vertreten durch den Verein Bremer Rockmusiker, und dem Landesmusikrat stattgefunden. Der Senat lässt prüfen, ob übergangsweise Ersatz an Probenräumen nachgewiesen werden kann. Angesichts der bisher nicht annähernd zu befriedigenden Nachfrage nach entsprechenden schallisolierten Räumen ist der Erfolg nicht abschätzbar. Der Senat begrüßt deshalb, dass etliche Musiker, denen gekündigt werden musste, vorübergehend von anderen Bands in deren weiterhin nutzbaren Räumen aufgenommen werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Trüpel!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, sehen Sie nicht eine Möglichkeit für eine Übergangslösung darin, dass Sie auch Kontakte zur privaten Wirtschaft aufnehmen und diese bitten, doch zu prüfen, ob Firmen abgelegene Lagerhallen oder Ähnliches haben, um sie als Übergangsräume zur Verfügung zu stellen?

Ebenso möchte ich Sie fragen, ob Sie mit Ihrem Kollegen, dem Senator für Wirtschaft und Häfen,

nicht gemeinsam überlegen können, ob zum Beispiel auch in den alten Hafengebieten möglicherweise Schuppen oder Hallen genutzt werden können.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich hatte ja bereits der Deputation für Kultur mitgeteilt, dass ich mit der Handelskammer Bremen darin einig bin, dass ein Aufruf an alle Bremer Betriebe erfolgen wird - ich bin der Handelskammer sehr dankbar, dass sie das tun will -, dass eben in solchen abgelegenen Schuppen, die zurzeit nicht oder nur teilweise genutzt werden, solche Möglichkeiten geschaffen werden. Das wird erfolgen.

Darüber hinaus haben wir eine ganze Reihe von anderen Überlegungen angestellt, wie wir in der Übergangsphase eine solche Nutzung möglich machen, damit die Gruppen wirklich auch weiterhin üben können. Auch hier laufen bereits Gespräche mit anderen Ressorts.

(Abg. Frau Dr. Trüpel [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die siebte Anfrage beantwortet.

Die achte Anfrage steht unter dem Betreff „**Einschränkung der Parkmöglichkeiten in der Ingolstädter Straße, Gewerbegebiet Hohweg**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU.

Bitte schön, Herr Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Wir fragen den Senat:

Warum und wann ist die zeitliche Einschränkung der Parkmöglichkeiten in der Ingolstädter Straße zugunsten des Omnibusreiseverkehrs und zuungunsten der örtlichen Gewerbebetriebe angeordnet worden?

Wann und in welcher Form ist vor der Anordnung mit den Gewerbetreibenden an der Ingolstädter Straße über diese die Betriebe einschränkende Anordnung gesprochen worden?

Sind vor der Anordnung der Einschränkung der Nutzung der Parkstreifen in der Ingolstädter Straße Alternativen in der Stadt geprüft worden?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Mit den Gewerbetreibenden sind seitens der Straßenverkehrsbehörde keine Gespräche geführt worden, weil die Anordnungen lediglich außerhalb der Hauptgeschäftszeiten greifen.

Zum Zeitpunkt der Anordnung der Halteverbotschilder war allen Beteiligten klar, dass es sich hierbei nur um eine zeitlich begrenzte Maßnahme handeln könne, bis Lösungen für einen endgültigen Standort gefunden würden.

Ein bereits zu dieser Zeit unter Federführung des Senators für Bau und Umwelt eingesetzter Arbeitskreis hat sich mit alternativen Standorten für die Abwicklung des in Rede stehenden Reisebusverkehrs befasst und einvernehmlich mit allen Beteiligten Lösungen entwickelt, mit denen in einem Stufenprogramm kurzfristige Maßnahmen an der Ingolstädter Straße, mittelfristige Zwischenlösungen zirka ab Februar/März 2000 und eine langfristige, endgültige Lösung voraussichtlich ab Ende des Jahres 2000 umgesetzt werden sollen.

Die Halteverbotschilder in der Ingolstädter Straße werden abgeräumt, sobald die Fläche für die im Arbeitskreis einvernehmlich in Aussicht genommene Zwischenlösung am Parkplatz am Müllheizwerk zur Verfügung steht. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Oppermann!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Frau Senatorin, habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass diese Halteverbotschilder in der Ingolstädter Straße sehr wahrscheinlich ab März wieder abmontiert werden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: So ist die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Ich habe noch eine weitere Frage. Teilen Sie meine Einschätzung, dass die teilweise ja chaotische Situation an den Bushaltestellen am Breitenweg auch daher rührte, dass die von Ihnen eben genannten Busfirmen ihre Kundenpolitik völlig geändert haben und zum Beispiel anbieten, dass man für zwölf DM von Oldenburg, Bremervörde oder Rotenburg, hin

und zurück, zum Bus gefahren werden kann, was sehr stark angenommen wird, und dass es dadurch zu Engpässen in den Bereichen gekommen ist?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ob das die ausschließliche Ursache ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Möglicherweise ist das auch ein Bestandteil der Schwierigkeiten.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Dann habe ich noch eine Frage. Frau Senatorin, in Gewerbegebieten werden ja extra breite Seitenstreifen eingerichtet, weil man davon ausgeht, dass die dort ansässigen Gewerbebetriebe Lastwagen, Sattelaufleger oder teilweise auch Container, die abends ankommen oder über Nacht dort abgestellt werden, morgens bearbeiten können. Die stehen jetzt zweimal am Tag im absoluten Halteverbot. Warum hat man mit den Gewerbetreibenden nicht über diese Lösung gesprochen, wenn man das Ganze als Zwischenlösung betrachtet?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich kann Ihnen nur berichten, wie der Verlauf gewesen ist, den habe ich Ihnen vorgetragen.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Danke!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die achte Anfrage beantwortet.

Die neunte Anfrage trägt die Überschrift „**Nutzungsänderung bei städtischen Bunkern**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Dr. Trüpel, Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist geplant, den städtischen Bunker auf dem Grundstück Bremen, Max-Reger-Straße sechs, zu Wohnzwecken aufzustocken, und wie wird der Bunker dann in der Bauordnung eingestuft, da in der Max-Reger-Straße nur eine maximal zweigeschossige Bebauung vorgesehen ist?

Zweitens: Wird der Bunker hierfür an einen privaten Interessenten verkauft, und wird dabei die Nutzung des Bunkers als Schutzraum erhalten?

Drittens: Ist geplant, weitere Bunker zu verkaufen, und welche Auswirkungen hat dies auf die Nutzung von Bunkern durch Musikgruppen?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Bei dem Schutzbau Max-Reger-Straße handelt es sich um eine Bundesliegenschaft, die von der Stadtgemeinde Bremen im Auftrag des Bundes verwaltet wird. Gleichwohl müssen sich bauliche Änderungen in die Vorgaben der Landesbauordnung einpassen.

Für die Aufstockung des Bunkers Max-Reger-Straße sechs durch ein Staffelgeschoss liegt eine Bauvoranfrage vor. Gegenstand dieser Bauvoranfrage ist die planungsrechtliche Zulässigkeit dieses Wohnbauvorhabens unter Einbeziehung der Abstandsflächenproblematik. Die Grundstücke an der Max-Reger-Straße sind der bauplanungsrechtlichen Festsetzung entsprechend mit zweigeschossigen Gebäuden bebaut. Die Bauordnungsbehörde hat eine öffentliche Auslegung der Bauvoranfrage veranlasst, weil neben der Frage der Gebäudehöhe auch wegen der zu geringen Abstandstiefen eine Beeinträchtigung schutzwürdiger nachbarlichen Belange nicht ausgeschlossen werden konnte. Die abschließende Würdigung der eingegangenen nachbarlichen Einwendungen und die Entscheidung über die Bauvoranfrage stehen noch aus.

Zu zwei: Da es sich bei dem angesprochenen Schutzbau um eine Bundesliegenschaft handelt, ist für den Verkauf das Bundesvermögensamt Oldenburg zuständig. Dort liegt das Kaufersuchen eines privaten Interessenten vor. Die Stadtgemeinde Bremen ist in dieser Angelegenheit lediglich Beteiligte im Verfahren und hat eine fachliche Stellungnahme und ein zivilschutztaktisches Gutachten für den Schutzbau abzugeben. Sollte es zu einem Kaufabschluss kommen, wird ein Bestandteil des Vertrages die grundbuchliche Sicherung des Zivilschutzzweckes des Schutzbaus sein.

Zu drei: Es liegen weitere Kaufersuchen für andere Schutzbauten vor. Ob sich hierdurch Auswirkungen auf die Nutzung durch Musikgruppen ergeben, hängt von den konkreten Gegebenheiten des Schutzraumes beziehungsweise der Inte-

ressenlage des Erwerbers ab. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank soweit! Können Sie sagen, wie viele solcher Kaufersuchen vorliegen? Wie ist die Position des Senators für Inneres, Kultur und Sport zu einem größerflächigen Programm des Verkaufs von Schutzräumen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich kann Ihnen jetzt keine genauen Zahlen angeben. Ich habe in meiner Doppelzuständigkeit, Inneres und Kultur, zwei Interessenlagen, einmal die Interessenlage, dass der Schutzraumbereich hier weiterhin bestehen bleibt, dass also diese Komponente nicht verloren geht, und als Kultursenator bin ich daran interessiert, dass wir auch genügend Flächen für unsere Musikgruppen haben. Das war ja der Inhalt der letzten Anfrage. Ich bin aber sicher, dass wir das einvernehmlich lösen werden.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehen Sie denn die private Nutzung auf dem Dach eines solchen Schutzraumes durch eine Aufstockung mit privaten Wohnräumen mit diesen beiden Zielen, die Sie eben für Ihr Ressort angegeben haben, als kompatibel an?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich finde, das ist eine interessante Lösung. Ich meine, wenn das mit den Betroffenen abgestimmt ist, warum sollte man das nicht zulassen?

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage befasst sich mit dem Thema **Schaffung von blindengerechten Fußgängerüberwegen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Reichert, Frau Arnold-Cramer, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Reichert!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Liegen dem Senat Erkenntnisse darüber vor, ob sich die Leitstreifen für Sehbehinderte im Straßenverkehr in anderen Städten bewährt haben?

Zweitens: Ist seitens des Senats beabsichtigt, auch in Bremen im Zuge anstehender Straßensanierungen die Fußwege zum Beispiel im Bereich von Ampelgesteuerten Fußgängerüberwegen und ÖPNV-Haltestellen blindengerecht zu gestalten?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Nein.

Zu Frage zwei: Eine grundsätzliche Regelung zur baulichen Berücksichtigung der Belange von Sehbehinderten wird derzeit erarbeitet und findet Eingang in die Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben, die so genannte RL Bau.

Bei Um- und Neubauten von Straßenbahnhaltestellen wird bereits seit geraumer Zeit eine blindengerechte Gestaltung umgesetzt, weil hier die für Sehbehinderte notwendigen Raumbegrenzungsflächen zur Orientierung fehlen. Alle neuen oder seit 1993 umgebauten Straßenbahnhaltestellen erhalten einen Leitstreifen parallel zur Bordkante, der taktil als Rillenoberfläche und visuell durch kontrastierende Farbgebung wahrnehmbar ist. Auf die gleiche Art ist auch der Haltepunkt der vorderen Fahrzeugtür durch ein Aufmerksamkeitsfeld gekennzeichnet. Das Leitsystem wird nach Möglichkeit bis an den Mast der Lichtsignalanlagen und an die Fußgängerfurt herangeführt.

Akustische Grünanzeigen werden bei neu zu bauenden Ampelanlagen im Bereich von Fußgängerüberwegen generell von den bauenden Ämtern vorgesehen, wobei die Akustik mit Hilfe eines Anforderungstasters bei Bedarf eingeschaltet werden kann.

Für die Umrüstung von Altanlagen stehen zurzeit begrenzte Mittel für eine blindengerechte Ausstattung zur Verfügung. Zurzeit sind 164, also zirka 30 Prozent, von 549 in Betrieb befindlichen Ampeln mit akustischen und taktilen Signalgebern für Blinde ausgestattet.

Mit dem Blinden- und Sehbehindertenverein Bremen e. V. werden die Signalanlagenplanungen hinsichtlich der technischen blindengerechten Ausstattung abgestimmt. Von dort erhalten die bauenden Ämter auch Informationen darüber, welche Fußgängerfurten an welchen Kreuzungen mit Hilfseinrichtungen zu versehen sind. Es ist beabsichtigt, den Blindenverein in die Anhörung der Träger öffentlicher Belange bei dem Neubau von Ampelanlagen einzubeziehen, um Art und Bedarf von Hilfseinrichtungen zu erfahren.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die zehnte Anfrage beantwortet.

Die elfte Anfrage in der Fragestunde verlangt vom Senat Auskunft über die **Sanierung des Bahnhofs Sebaldsbrück**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte Frau Reichert, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Hat der Senat Erkenntnisse darüber, wann mit der Sanierung des Bahnhofs Sebaldsbrück, insbesondere auch der Treppen und anderen Erschließungswege, zu rechnen ist?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Sanierung des Bahnhofs Sebaldsbrück ist Bestandteil der Maßnahmen zur Sicherung, Entwicklung und Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs nach dem geltenden Nahverkehrsplan für den Schienenpersonennahverkehr im Land Bremen. Danach ist die Verbesserung des Erscheinungsbildes sowie die Schaffung eines behindertengerechten Zugangs vorgesehen.

Zurzeit führt das Land Bremen Gespräche mit der für die Eisenbahninfrastruktur zuständigen DB Netz AG über Perspektiven für die künftige Entwicklung der Eisenbahninfrastruktur im Bereich Bremen-Hauptbahnhof bis Bremen-Mahndorf. Eine vollständige Grundsanierung des Bahnhofs Sebaldsbrück, die dann auch einen behindertengerechten Zugang beinhaltet, kann erst in Betracht kommen, wenn mit der DB Netz AG Einvernehmen im Hinblick auf die Infrastrukturentwicklung erzielt wurde.

Um kurzfristig Verbesserungen des Erscheinungsbildes von Unterführung und Bahnsteiganlagen zu erreichen, werden gegenwärtig Gespräche mit der für den Bahnhof zuständigen DB Station und Service AG geführt. Bremen hat in diesem Zusammenhang eine Finanzhilfe nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr im Land Bremen für Kurzfristmaßnahmen in Aussicht gestellt. Über Art, Umfang und Umsetzung der Maßnahmen entscheidet die DB Station und Service AG als Eigentümerin des Bahnhofs.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Reichert!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Können Sie uns etwas über die zeitliche Perspektive sagen? Ich denke, dass der Senat eben deutlich gemacht hat, dass er den Handlungsbedarf in diesem Bereich anerkannt hat. Vielleicht kann man mit Farbe und etwas Wasser schon sehr viel erreichen, um ein bisschen zu verändern. Ich bin da neulich gewesen, und, mit Verlaub, es war sehr unangenehm. Ich weiß, Frau Senatorin, dass Sie auch häufiger Gelegenheit haben, da hindurch zu gehen.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Jeden Morgen! Ich kann Ihnen keine endgültigen Zeiten sagen, weil hier, wie gesagt, die Gespräche laufen. Ich habe Hinweise bekommen, dass beabsichtigt ist, zumindest bezüglich des Erscheinungsbildes im Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen nach Möglichkeit dies im Jahr 2001 umzusetzen. Ob das so realistisch ist, kann ich aber nicht sagen.

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Danke!)

Vizepräsident Ravens: Es wird eine weitere Zusatzfrage gewünscht, Frau Senatorin! - Herr Abgeordneter Rohmeyer, bitte!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, teilen Sie meine Auffassung, dass mit ein bisschen Wasser und Farbe dem Bahnhof Sebaldsbrück in keiner Weise geholfen wird, weil, wie Sie ja wissen, in den letzten Jahrzehnten mehrmalig komplette Sanierungsmaßnahmen durchgeführt wurden und in sehr kurzer Zeit nicht nur wieder eine komplette Verdreckung, sondern auch Zerstörungen eintraten, einmal durch Menschen, andererseits auch durch den Bahnkörper, wo dann wieder Wasser durch die Decke dringt, so dass dort ein Komplettkonzept vorgelegt werden müsste?

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Das steht doch schon alles in der Antwort! Da haben Sie nicht aufgepasst!)

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich denke, das ist nach meiner persönlichen Auffassung ein grundsätzliches Problem solcher Unterführungen. Ich weiß, und ich gebe Ihnen Recht, dass gerade bei dieser Unterführung in den vergangenen Jahrzehnten, kann man schon fast sagen, immer wieder neue Anläufe gemacht worden sind, sie attraktiver zu gestalten. Ich erinnere mich mit Freude an meine eigene Beiratszeit, in der wir diskutiert haben, durch künstlerische Objekte, die im Tunnel angebracht werden sollten, weitere Schmierereien zu verhindern. Auch die Frage des Abfalls, der allmorgendlich in diesem Bereich liegt, spielt eine Rolle, obwohl die Reinigung, auch das kann ich jeden Morgen sehen, mit erheblichem Aufwand betrieben worden ist.

Insofern, denke ich, ist es eine Schwierigkeit, Menschen davon abzuhalten, in diesen Bereichen ihren gesamten Müll abzulagern oder ihre Maleereien anzubringen. Ich denke, dass hier ein Teil schon erreicht worden ist, zumindest was den Bahnsteig angeht, dass schon durch das Wartehäuschen, das erneuert worden ist, durch die neuen Schilder, die da angebracht worden sind, ein bisschen an Modernisierung und Verbesserung der Situation insgesamt geleistet worden ist. Nur mit Wasser und Farbe wird man aber dem Problem nicht Rechnung tragen können.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Frau Senatorin, könnten Sie sich vorstellen, in Verhandlungen und in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bahn zu erreichen, dass in diesem menschenleeren Tunnel, dem Durchgang, eventuell ein Kiosk oder etwas Ähnliches eingerichtet werden kann, so dass durch die Anwesenheit von Menschen eben keine Zerstörungen vorgenommen werden können?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich kann nicht beurteilen, ob darin eine Chance liegt. Ich will Ihre Anregung gern weiterleiten. Ich bezweifle aber - das ist auch wieder eine persönliche Einschätzung -, dass das tragfähig ist für ein Unternehmen, das dort nicht nur aufpassen, sondern auch Umsatz machen will. Das schätze ich als wenig realistisch ein, aber ich nehme Ihre Anregung auf.

Vizepräsident Ravens: Damit ist auch die elfte Anfrage beantwortet.

Die zwölfte Anfrage in der Fragestunde trägt die Überschrift „**Ampelanlage verändern**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Reichert, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Frau Abgeordnete Reichert, bitte schön!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, dass es durch die Ampelanlage Malerstraße/Fleetrade immer wieder zu überflüssigen Verkehrsstaus kommt?

Zweitens: Hält der Senat es für sinnvoll, die Anlage in eine so genannte Bedarfsampel umzuändern?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die im Zuge der Eröffnung des Einkaufszentrums „Hansa-Carree“ neu errichtete Signalanlage Malerstraße/Fleetrade konnte noch nicht endgültig fertig gestellt werden, da der Anschluss an den Verkehrsrechner noch nicht realisiert werden konnte. Sobald diese Arbeiten abgeschlossen sind, werden die neuen Signalanlagen im Bereich Pfalzburger Straße und Malerstraße an den Verkehrsrechner angeschlossen und in einer grünen Welle geschaltet.

Zu Frage zwei: Die Signalanlage in Höhe der Einmündung Fleetrade ist eine so genannte Bedarfsampel, bei der sich die Fußgänger und der ausfahrende Bus jeweils ihr Grün anfordern. Die Signalanlage läuft nicht im Dauerumlauf.

Vizepräsident Ravens: Wünschen Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Frau Senatorin, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass ich da ständig stehe -

(Heiterkeit)

mit dem Auto! -, obwohl kein Bus, keine Radfahrer und keine Fußgänger da sind? Es stand auch keiner da, der drückt!

(Heiterkeit)

Es kann keine Bedarfsampel sein, weil da nichts fährt! Wenn da einmal etwas fährt, fahre ich da nicht!

(Heiterkeit)

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Frau Abgeordnete Reichert, ich bin bereit, das erstens zur Kenntnis zu nehmen, zweitens habe ich vergleichbare Erfahrungen gemacht und darum auch mein Haus geben, intensiv der Sache nachzugehen. Meine letzten Erfahrungen sind die, dass es offensichtlich im Augenblick nicht zu solchen nicht angeforderten Rotphasen kommt, wenn man dort ist. Das muss schon ein bisschen besser geworden sein als zum Zeitpunkt Ihrer und meiner Fragen.

(Abg. Frau Reichert [SPD]: Danke!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist auch die zwölfte Anfrage beantwortet.

Die dreizehnte Anfrage bezieht sich auf das **Kulturzentrum Teerhof Bremen**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Emigolz, Frau Kummer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Frau Kummer, bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Mit welchen finanziellen und konzeptionellen Angeboten von welchen Firmen wurde die Stufe eins des europaweiten Bewerbungsverfahrens für ein Kulturzentrum Teerhof Bremen abgeschlossen?

Zweitens: Wie bewerten die Bieter die in der Informationsbroschüre zum Verhandlungsverfahren gemachten Nutzungsvorgaben und Nutzungsvorschläge auch vor dem Hintergrund eines Public-private-partnership-Projektes?

Drittens: Aus welchen Gründen wurde die Deutsche Kammerphilharmonie, die ein hohes Kooperationsinteresse unter anderem mit der Shakespear Company und dem Deutschen Tanzfilminstitut an diesem Standort hat, nicht in das Raumprogramm sowie in den Kreis der potentiellen Nutzer aufgenommen?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet durch Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Stufe eins, Teilnehmerwettbewerb des Bewerbungsverfahrens, hatte nur die Abgabe und Auswertung der Bewerbungen zum Inhalt. Die Bewerbungen enthalten entsprechend der Veröffentlichung zum Verhandlungsverfahren nach der Verdingungsordnung für Leistungen, VOL/A, nur Angaben zu den in dieser Veröffentlichung geforderten Kriterien nach VOL zur Qualifikation der Bewerber und der am Projekt Beteiligten, zu Referenzen, zu Umsätzen, zum vorgesehenen Projektmanagement und den vorgesehenen Architekten.

Konzeptionelle und finanzielle Angebote werden erst zum Abschluss der Stufe zwei, dem Investorenwettbewerb, mit Abgabe der Wettbewerbsunterlagen erwartet. In dem dann vorzulegenden Nutzungs- und Betreiberkonzept sind die entsprechenden Angaben gefordert.

Zu zwei: Eine Rückkopplung mit den Bietern zu den angesprochenen inhaltlichen Fragen hat seitens des Auslobers bisher nicht stattgefunden; diese ist erst in Stufe zwei in Form eines Kolloquiums vorgesehen.

Zu drei: Die Deutsche Kammerphilharmonie ist Gegenstand des kulturellen Nutzungskonzeptes gewesen und hat als Kooperationspartner für das dort entwickelte Programmprofil eine wesentliche Rolle gespielt. Die spätere Herausnahme aus dem Raumprogramm erfolgte wegen der zwischenzeitlichen Unterbringung der Deutschen Kammerphilharmonie im Gebäude des Waldau-Theaters. Gleichzeitig einen alternativen Standort zu diskutieren wurde als nicht vertretbar angesehen.

Vizepräsident Ravens: Wünschen Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Bezüglich der Kammerphilharmonie! Die gleichzeitige Diskussion um einen alternativen Standort wurde als nicht vertretbar angesehen, von wem?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Vom Senat!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Können Sie Angaben zum zeitlichen Ablauf des weiteren Verfahrens machen, Frau Senatorin?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Im Augenblick ist die Stufe eins abgeschlossen, und aufgrund der Ergebnisse steht jetzt demnächst noch eine Erörterung zwischen den zu beteiligenden Ressorts an, die alle an dieser Auslobung auch beteiligt waren, der Senator für Kultur, der Senator für Finanzen, der Senator für Wirtschaft, die Senatskanzlei, um noch einmal das Ganze zu bewerten und dann die Entscheidung zu treffen, ob und wie man in die Stufe zwei eintritt.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, Sie haben eben gesagt, der Senat hätte es nicht für vertretbar gehalten, die Kammerphilharmonie, nachdem sie nun im Waldau-Theater sei, einzubeziehen. Ich frage Sie im Lichte des heutigen Senatsbeschlusses, nämlich dem Kauf des Gebäudes des Waldau-Theaters durch die Bremer Investitions-Gesellschaft auf eigene Rechnung und dem Auftrag des Senats - ich will darauf nicht im Einzelnen eingehen -, wie dieses Gebäude künftig als Spielstätte genutzt wird. Sehen Sie unter diesem Licht die Angelegenheit so, dass die Kammerphilharmonie vielleicht doch in das Konzept Teerhof, wie sie selbst will, einbezogen werden kann?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Hier kann ich nur für mich sprechen, aber nach meiner persönlichen Einschätzung glaube ich nicht, dass der Senat erörtert, die Kammerphilharmonie auf dem Teerhof erneut anzusiedeln.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben gesagt, der Senat wird nach Abschluss des Verfahrens werten und dann beschließen, ob er in die Stufe zwei eintritt. Wann und zu welchem Zeitpunkt werden die Öffentlichkeit und insbesondere die politischen Gremien, Deputationen beziehungsweise Ausschüsse der Bürgerschaft, über das Projekt und den Stand dieser Ausschreibung informiert?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Wie gesagt, die Stufe eins ist gerade abgeschlossen mit der Auswahl derer, die aus diesem ersten Verfahren herausgegangen sind, und jetzt muss kurzfristig eine Abstimmungsrunde mit den Ressorts passieren. Ich gehe davon aus, dass, wenn diese Abstimmung erfolgt ist, wir

auch die Deputationen über die Ergebnisse unterrichten.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Senatorin, sind wir uns darüber einig, dass die Frage der künftigen Gestaltung des Teerhofs und insbesondere dieses Kulturrestes eine Frage von erheblicher öffentlicher Bedeutung und von großem Interesse ist, die immerhin die Bürgerschaft zu Beschlüssen und zu öffentlichen Aktionen geführt hat? Ich glaube, es wäre sinnvoll, möglichst schnell und umfassend zu informieren.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich habe Ihnen ja eben schon gesagt, dass ich davon ausgehe, dass wir nach dieser Zwischenrunde und der Bewertung der zu beteiligenden Ressorts dann auch, da sehe ich jedenfalls kein Problem, die entsprechenden Deputationen und, wenn es gewünscht wird, auch die Bürgerschaft, ebenfalls bezogen auf ihren Beschluss, unterrichten.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Vielen Dank!)

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Frau Senatorin, können Sie Angaben machen, wie viele Firmen ein Angebot im Rahmen der Stufe eins abgegeben haben und ob es sich dabei um Firmen handelt, die schon im Vorfeld ihr Interesse an dem Projekt bekundet hatten?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich kann Ihnen sagen, dass die Informationsbroschüre, die für dieses Verfahren erstellt worden ist, 29 Mal angefordert worden ist, dass aufgrund dieser Anforderungen sieben Interessenten Bewerbungsunterlagen abgegeben haben und von diesen sieben dann sechs ins Rennen gegangen, also ausgewählt worden sind.

Vizepräsident Ravens: Noch eine Zusatzfrage? - Bitte schön!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Aber Sie können mir nicht sagen, ob das Firmen waren, die sich schon vorher dafür interessiert hatten?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Da ich nicht weiß, wer die vorherigen waren, kann ich Ihnen im Augenblick nicht sagen, ob es die sind, die sich schon vorher einmal interessiert haben.

(Abg. Frau Kummer [SPD]: Das werden wir im Laufe des weiteren Verfahrens ja dann sehen! Danke!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierzehnte Anfrage steht unter dem Betreff „**Verkauf des Siemens-Hochhauses**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Mützelburg, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Inwiefern treffen Pressemeldungen zu, nach denen das Unternehmen Zechbau Interesse am Kauf des Siemens-Hochhauses von der Bremer Investitions-Gesellschaft geäußert hat und nunmehr das Finanzressort hierüber Verhandlungen führt?

Zweitens: Unter welchen Konditionen ist der Senat bereit, einem Verkauf an die Firma Zechbau zuzustimmen?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet durch Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Firma Zechbau hat Interesse am Kauf des Siemens-Hochhauses geäußert. Eigentümer des Objektes ist die Hibeg Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH. Der Senator für Finanzen hat auf der Grundlage des Belegungskonzeptes des Senats vom 30. November 1999 die Hibeg Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH gebeten, das Angebot der Firma Zechbau zu prüfen.

Zu zwei: Wenn sich das Angebot der Firma Zechbau für die Umsetzung der vorgesehenen Verwaltungsnutzung des Siemens-Hochhauses als wirtschaftlich günstiger zeigen sollte, würde der Senat den Verkauf gegebenenfalls empfehlen.

Vizepräsident Ravens: Eine Zusatzfrage? - Bitte schön!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, wann ist das wirtschaftlich günstiger für den Umbau und den Umzug als die jetzigen Bedingungen, die Sie ja kürzlich der Bürgerschaft auf eine Kleine Anfrage mitgeteilt haben?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, das ist ganz einfach! Sie kennen den Preis, den wir für den Erwerb des Siemens-Hochhauses bezahlt haben, und Sie kennen die Miethöhe, die die BIG von den dort einziehenden Verwaltungen fordern wird. Von daher ist der Rahmen klar, und wenn es ein günstigeres Angebot gibt, als wir es sozusagen selbst durch Erwerb und festgesetzte Mieten haben, dann sollte man ein günstigeres Angebot nehmen, weil das Bessere der Feind des Guten ist.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte schön!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Schließt dieses günstigere Angebot denn auch die Übernahme der Kosten für den gesamten Umbau für die dort einziehenden Behörden und anderen Verwaltungsteile ein?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Wir haben ja auch Umbaukosten veranschlagt! In der Tat ist es so, wenn man veräußert, dass auch das Thema Umbaukosten dabei eine Rolle spielen wird. Es muss auch in die Beurteilung einbezogen werden, ob das Angebot günstiger ist oder nicht.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte schön!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Welchen Stand haben denn die Verhandlungen derzeit, und wann ist mit einem Ende zu rechnen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich denke, dass es in einem überschaubaren Zeitrahmen beendet sein wird. Aber das haben Verhandlungen so an sich, dass es nicht zweckmäßig ist, das Ende der Verhandlungen einseitig festzusetzen, sondern es muss darüber verhandelt werden. Entweder es gibt ein besseres Angebot, dann werden wir es annehmen, oder es gibt kein besseres Angebot, dann werden wir es nicht annehmen.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte schön!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Zusatzfrage, Herr Senator! Wird ausschließlich über dieses Angebot verhandelt, oder könnte es sein, dass in diesem Zuge auch noch über andere Geschäfte mit der Firma Zechbau verhandelt wird?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Hier geht es um ein in sich geschlossenes Projekt. Dass die Firma Zechbau eine Firma ist, die eine Reihe von Projekten in Bremen baut, ist ja hinreichend bekannt. Aber wir verhandeln über dieses Projekt, und jedes Projekt muss für sich gesondert behandelt und auch ausverhandelt werden.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Herzlichen Dank für diese neue Erkenntnis!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfzehnte Anfrage und damit letzte Anfrage in der Fragestunde beschäftigt sich mit dem Thema „**Elterninformation nur in deutscher Sprache**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von dem Abgeordneten Zachau und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Warum hat der Senat das Schreiben an alle Grundschulleitern, mit dem sie über die Einführung der verlässlichen Grundschule informiert und im Bedarfsfall um Anmeldung ihrer Kinder für das Betreuungsangebot gebeten werden, nur in deutscher Sprache herausgegeben?

Zweitens: Beabsichtigt der Senat, die Elterninformation noch in andere Sprachen zu übersetzen, und wenn ja, in welche?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet durch Staatsrat Köttgen.

Staatsrat Köttgen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu erstens und zweitens: Die Briefe und Anmeldeformulare wurden in die Sprachen Türkisch, Russisch, Polnisch, Arabisch und Albanisch übersetzt und wurden am 21. Januar 2000 an die Schulen gesandt, die sie dann an die Eltern weiterleiten. Die Anmeldefristen für diese Eltern wurden bis

zum 4. Februar verlängert. Aus organisatorischen Gründen konnten die übersetzten Informationen und das Anmeldeformular nicht gleichzeitig mit den deutschen Briefen verteilt werden.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Bei einer solch zügigen Beantwortung unserer Frage durch schlüssige Handlung bleiben mir keine weiteren Nachfragen! Danke! - Abg. Frau Hammerström [SPD]: Das ist selten!)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, damit ist der Punkt eins der Tagesordnung erledigt.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Schulsanierung fortsetzen

Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 22. November 1999
(Drucksache 15/59 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 14. Dezember 1999 (Drucksache 15/76 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Köttgen.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich frage Sie, Herr Staatsrat Köttgen, möchten Sie die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU mündlich wiederholen? - Das ist nicht der Fall.

Auf die Antwort des Senats auf Große Anfragen folgt eine Aussprache, wenn dies Mitglieder der Bürgerschaft in Fraktionsstärke verlangen.

Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Wangenheim.

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Schulsanierung ist weiter ein Schwerpunkt der großen Koalition. Dies bestätigt auch die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU vom No-

vember 1999. Aus dem Topf Stadtreparatur für Bildung werden jährlich 30 Millionen DM ausgegeben, aufgeteilt: 24 Millionen DM für Reparatur, 1,5 Millionen DM für das Sonderprogramm Computer, 1,5 Millionen DM für das Sonderprogramm Bücher, 1,5 Millionen DM für das Sonderprogramm Naturwissenschaftliche Sammlungen und 1,5 Millionen DM für Schulmöbel.

Ich betone für die SPD-Fraktion, dass wir auf diese Aufteilung der Stadtreparatur bestehen, und dies geht auch freundlich an die CDU.

(Beifall bei der SPD)

Dazu kommen zirka neun Millionen DM investive Mittel aus dem Haushalt Bildung. Damit wird die Summe der vergangenen Legislaturperiode nicht ganz erreicht. Sie war um 20 Millionen DM höher. Allerdings wurden allein 42 Millionen DM für den Neubau der Gesamtschule West aufgewandt. Für die gesamten Bremer Schulen steht also bis zum Jahr 2003 mehr Geld zur Verfügung.

Angefügt an die Antwort des Senats ist die Aufstellung über die Maßnahmen, die in den Jahren 2000 und 2001 durchgeführt werden sollen. Die Maßnahmen für das Jahr 2000 sind schon von der Deputation beschlossen. Als Beispiele führe ich hier an: 324.000 DM für die Fußbodensanierung in Obervieland, 985.000 DM für die Sanierung der Betonfassade in Obervieland, Erneuerung des Turnhallendaches in Habenhausen bedeutet 437.000 DM, und weitere große Projekte sind hier aufgeführt.

1999 wurden 71 Sanierungsprojekte begonnen. Davon sind 42 fertig gestellt. Diese Finanzierung erfolgte aus der Quote 1998 beziehungsweise dem 15-Millionen-DM-Programm des Stadtreparaturfonds, erkämpft vom damaligen SPD-Fraktionsvorsitzenden Christian Weber.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Guter Mann!)

Die SPD-Fraktion begrüßt die Steuerung und Kontrolle des Baumanagements zum sparsamen Umgang der zur Verfügung stehenden Mittel. Auch wir Deputierten werden mit wachsamem Auge die Vorlagen weiterhin betrachten, so dass, wenn nach der Vorlage 120.000 DM zur Verfügung stehen, auch wirklich 120.000 DM investiert werden.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Millionen!)

Millionen, Entschuldigung! Neue Finanzierungsmittel für öffentliche Gebäude werden, wie Sie wissen, derzeit von Senator Lemke geprüft. Seine langen Erfahrungen mit privaten Investoren beflügeln ihn bekanntermaßen, auch unkonventionelle

Wege zu gehen. Verkaufen und Zurückmieten ist eine interessante Idee, die eine gründliche rechtliche und wirtschaftliche Prüfung wert ist. Übrigens, private Firmen bauen und sanieren oft weitaus günstiger als die öffentliche Hand!

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Das müssen Sie Ihrer Partei sagen!)

Also, ich bin ein ziemlich realistischer Mensch, und das brauchen Sie mir nicht vorzuhalten! Wenn es gelingt, privates Kapital ohne Aufgabe der staatlichen Verantwortung, und darauf kommt es mir an, Herr Rohmeyer, zu mobilisieren, dann kann das auch eine Chance für unsere Schulen sein. Also, meine Damen und Herren, auch hier gilt: keine Denkverbote, sondern sorgfältig prüfen und verantwortungsbewusst entscheiden!

(Beifall bei der SPD)

Die Zusammenarbeit und Vergabe mit freien Trägern oder auch an freie Träger bei kleinen Baumaßnahmen begrüßen wir als SPD-Fraktion.

Das Mobilbauten-Ersatzprogramm, die gute Idee der Grünen, erkämpft von der SPD und umgesetzt dann in der großen Koalition, läuft weiter.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Erkämpft!)

Ja, das war so, Herr Mützelburg! Das haben wir doch in der Ampel nicht durchgesetzt! Oder haben Sie das erlebt? Ich nicht, ich war dabei!

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich auch!)

Nein, Herr Zachau nicht!

(Zuruf des Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen])

Der war nicht dabei, schade! Aber Herr Sailer!

An sieben Standorten ist ein Ersatzbau geplant - ich beziehe mich jetzt wieder auf die Mobilbauklassen - für die über „dreißigjährigen“. Das ist hart, aber es ist die Realität! Eine Bewertung aller Mobilbauklassen soll in diesem Quartal vorliegen. Die Aufstellung bringt uns Transparenz, und die Deputation nimmt sicherlich dann die Bewertung vor, jedenfalls werden wir darauf achten.

(Abg. Bürger [CDU]: Wir auch!)

An 31 Schulstandorten gibt es noch 133 Mobilbauklassen, die genutzt werden. Ein Ersatz bedeutet 45 bis 50 Millionen DM laut Anfrage bei der Behörde bei einem jährlichen Ansatz von fünf Mil-

lionen DM. In neun bis zehn Jahren ist dieses Programm dann abgeschlossen, falls das Ressort nicht einen Lottogewinn oder Ähnliches erhält. Meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun, packen wir es an! - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Schwerpunkt in der Politik sieht anders aus als der des Gebäudeerhalts der Schulen und auch anderer Dinge, die die große Koalition betreibt.

(Abg. Bürger [CDU]: Das gehört aber dazu!)

Ich habe gesagt, ein Schwerpunkt sieht anders aus! Dass man das machen muss, ist nicht strittig. Wenn wir uns die Geschichte der Investitionen in Schulen und Schulgebäude ein bisschen anschauen, dann kann ich mich sehr gut daran erinnern, dass nach einer 1994 getroffenen Aussage des verantwortlichen Abteilungsleiters im Bildungsressort Hamburg gemessen an der Wertzahl der Gebäude etwa das Dreifache aufwendet wie Bremen. Für den Gebäudeerhalt gibt es einen Indikator, der auch bei den Versicherungen gilt. Man kann relativ klar bemessen, wie viel man ausgibt, und er hat gesagt, dass die Bremer tatsächlich nur bei einem Drittel lägen. Das ist insofern interessant, weil ja auch in Hamburg die Wahlkämpfe mit maroden Schulbauten geführt werden. Ich weiß gar nicht, wie die das machen.

Wenn man sich das jetzt einmal anschaut, unter welchen Bedingungen diese Unterfinanzierung gegeben war, dann können wir feststellen, dass der Investitionshaushalt des Bildungsressorts, und wir reden hier einmal ausnahmsweise nicht über konsumtive Bildungsausgaben, sondern über investive, 1995, also mit dem letzten Haushaltsanschlag der Ampel, 23,366 Millionen DM betrug. Dieser relativ hohe Anschlag hat das hervorgebracht, was dann alle als Ruinenkataster diskutiert haben, nämlich den Sanierungsstau, festgehalten in Form von Maßnahmen, die notwendig, angemeldet und auch geprüft waren, das waren roundabout 100 Millionen DM. Es tut mir Leid mit den vielen Zahlen, aber es muss jetzt einfach einmal sein, um das nachvollziehen zu können. Ein Haushaltstitel im Umfang von 23 Millionen DM hat einen Sanierungsstau im Umfang von 100 Millionen DM hervorgebracht. Das ist die Ausgangslage.

Wenn wir uns jetzt die Schwerpunktausgaben der großen Koalition ansehen, dann können wir fest-

stellen, dass der Investitionshaushalt im Bildungshaushalt auf unter zehn Millionen DM gesunken ist, also etwa roundabout noch ein Drittel dessen betrug, was in der Ampel galt und was schon diesen Sanierungsstau hervorgebracht hatte.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Und was ist mit Stadtreparatur?)

Dazu komme ich gleich! Das müssen wir alles ganz in Ruhe abarbeiten.

Schauen wir uns an, wie eigentlich die Bedarfe sind, um den Wert der Gebäude zu erhalten! Wir reden eigentlich nicht über Bildungspolitik, sondern über den Werterhalt von Gebäuden, die wir von unseren Vorgängergenerationen übernommen haben. Das Ressort schätzt, so wie man hört, den Bedarf auf etwa 30 Millionen DM jährlich.

Ich will einmal versuchen, Ihnen deutlich zu machen, was diese Zahl bedeuten würde. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schätzt den Wert der Gebäude, den wir im Schulbereich haben, auf etwa fünf Milliarden DM. Wenn wir das auf ein Einfamilienhaus übertragen, das 500.000 DM wert ist, würden wir vergleichsweise für dieses Einfamilienhaus 3000 DM im Jahr aufwenden. Ich glaube, dass niemand den Werterhalt eines Einfamilienhauses für diesen Betrag sicherstellen könnte.

Wir reden hier aber über Gebäude, die täglich und intensiv genutzt werden. Es ist nicht irgendwie eine utopische Zahl, wenn von 30 Millionen DM Bedarf geredet wird, sondern schon ein relativ geringer Ansatz, nur um zu gewährleisten, dass die Gebäude in ihrem Wert erhalten bleiben und nicht an Wert verlieren. Das ist also eindeutig kein Schwerpunkt, den die Koalition hier setzt, sondern sie lebt aus der Substanz, sie setzt das Leben aus der Substanz hier fort, weil die Gebäude nicht angemessen renoviert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Ergebnis ist klar, wir haben immer noch einen Sanierungsstau von 100 Millionen DM.

Jetzt kommt der Einwand, wir machen ja eine ganze Menge. Das stimmt! Aber das, was gemacht wird, daran möchte ich dann doch erinnern, ist nicht immer sehr wirkungsvoll. Wenn Sie sich anschauen, wie viele Einzelprojekte darin als Dachsanierung, Elektrosanierung enthalten sind, wird mein Einwand deutlich. Es wird Projekt für Projekt abgearbeitet, ohne dass zum Beispiel endlich einmal dafür gesorgt wird, die Projekte zu

größeren Tranchen zu bündeln. Dadurch hätte man einfach eine andere Position und könnte vielleicht günstigere Preise herausholen.

Wir Grünen fordern schon eine ganze Zeit, zum Beispiel die Heizungsanlagen über einen Vertrag von den Stadtwerken sanieren zu lassen und die Kosten für diese Sanierung aus der Energieeinsparung herauszuholen. Das nennt man Neudeutsch Contracting. Auch an dieses Projekt - seit vier Jahren fordern wir das ein, das weiß ich nun, weil ich so lange in dieser Bürgerschaft bin - wollte die Bildungsbehörde nicht heran. Mehr Effektivität bei der Umsetzung der Maßnahmen ist unsere Forderung! Hier sind noch erhebliche Defizite zu beklagen.

Nun kommen wir zum Stadtreparaturfonds. Es wird dieser Tage und in diesen Wochen lauthals verkündet, wir haben durchgesetzt, wieder 120 Millionen DM für den Stadtreparaturfonds ausgeben zu dürfen. Das heißt 30 Millionen DM im Jahr.

(Abg. Bürger [CDU]: Ist das nichts? - Vizepräsident Dr. Kuhn übernimmt den Vorsitz.)

Herr Bürger, das ist eine ganze Menge! Die alten Maßnahmen, sage ich Ihnen, haben Sie im Wesentlichen zur Haushaltskompensation eingesetzt, denn hätten Sie den Stau abgebaut, hätten wir nicht wieder 100 Millionen DM Stau, sondern dann wäre er abgearbeitet, wäre geringer. Wir haben da denselben Stand wie vor vier Jahren.

Was machen Sie jetzt? Von diesen 30 Millionen DM haben Sie von vornherein sechs Millionen DM für Sonderprogramme verplant, die mit Stadtreparatur nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun haben! Naturwissenschaftliche Räume herrichten, PC, Lehrbücher bereitstellen, das sind alles wichtige Maßnahmen, nur mit Stadtreparatur haben die überhaupt nichts zu tun, sondern sie haben etwas damit zu tun, dass Sie Löcher im Haushalt stopfen.

Dann ist darin eine Position enthalten, die im Moment noch nicht quantifizierbar ist, weil bis heute keine umfassende Kostenrechnung vorgelegt worden ist, nämlich die Folgekosten der Schließung des Gebäudes Im Holter Feld. Das ist, finde ich, ein unheimliches Ding, sich in der Stadt hinzustellen und zu sagen, wir renovieren die alten Gebäude. Dann verkaufen Sie die Schule Im Holter Feld, kassieren dafür 28 Millionen DM, nur um Haushaltslöcher zu stopfen, und die Folgekosten werden hinten bei der Stadtreparatur hineingeschoben. Das finde ich ausgesprochen unsolid!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt, ein Drittel des Stadtreparaturfonds ist schon heute für Maßnahmen gebunden, die mit Stadtreparatur überhaupt nichts zu tun haben. Das heißt, die anderen 20 Millionen DM, die Sie Jahr für Jahr aufwenden, sind letztlich kaum mehr als das, was Sie real durch Kürzungen des Haushalts im Regelbereich selbst an Löchern gerissen haben. Der Stadtreparaturfonds ist also nicht der Stadtreparaturfonds, sondern er ist der Jackpot, um Ihre Haushaltslöcher zu stopfen, und dafür werden Vermögenswerte verkauft.

Die Idee war, Vermögenswerte zu verkaufen, um die laufenden Werte zu erhalten oder neue Werte zu schaffen. Sie konsumieren! Wenn Sie sich überlegen, was Sie aus diesem Stadtreparaturfonds die letzten Jahre an Erlösen hatten, Sie haben insgesamt für 1,5 bis 1,8 Milliarden DM Vermögen verkauft, und nachschauen, was tatsächlich im Haushalt angekommen ist, dann liegt das weit unter 50 Prozent, irgendwo bei 40 Prozent, und selbst da ist noch nicht das erfasst, was Sie intern umgerubelt haben.

Also, meine Damen und Herren, sprechen Sie nicht davon, dass es einer der Schwerpunkte ist, sondern benennen Sie das Problem, und sagen Sie endlich, wie Sie erreichen wollen, dass der Wert unserer Gebäude erhalten bleibt und dass wir nicht in vier Jahren wieder 100 Millionen DM Sanierungsstau haben und dann wieder darüber reden müssen, wie denn ein Sonderprogramm aufgelegt wird, um den Stau abzubauen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Rohmeyer.

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Viele Jahre wurden an den meisten Bremer Schulen überhaupt keine Maler oder andere Handwerker gesichtet. Die Folge waren und sind Schulgebäude, in denen die Schülerinnen und Schüler zum Teil froh sein konnten, trockenen Fußes und im Winter möglichst auch in einen warm beheizten Heizungsraum zu gelangen.

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Das ist ja albern! - Zurufe)

Entschuldigung, Klassenraum!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Nicht so populistisch! Nicht dass Sie sich wieder versprechen!)

Frau Hövelmann, die Zusammenfassung der Bremer Schulgebäude hatte nicht ohne Grund die Bezeichnung Ruinenkataster.

Herr Zachau, ich frage mich immer wieder, warum Ihre politische Zeitschreibung 1991 bis 1995 ausschließt, als die Ampel hier in Bremen hampelte. Der Stadtreparaturfonds mag eine Idee von Ihnen gewesen sein, Sie haben nur leider nie Geld hineingetan, so dass wir 1995 mit der großen Koalition erst damit beginnen konnten. Ich will gleich vorweg sagen, Sie haben zum Teil völlig Recht, wir müssen zusehen, dass Bündelungen erreicht werden können. Wir hatten selbst in der Bildungsdeputation ein Beispiel mit dem Hermann-Böse-Gymnasium, bei dem es dann sinnvoll war, dass Bündelungen von Baumaßnahmen an einzelnen Schulen erfolgt sind.

(Glocke)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Kollege Rohmeyer, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Mützelburg anzunehmen?

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Ja!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Mützelburg!

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, um Fehlmeldungen vorzubeugen: Ist Ihnen bekannt, dass dieses Parlament gegen die Stimmen der CDU im Dezember 1994 die Auflegung eines Stadtreparaturfonds beschlossen hat auf Antrag der seinerzeitigen Koalition und dass dieser Antrag vom Senat nicht umgesetzt werden konnte, weil die Bürgerschaft Anfang März ihren Auflösungsbeschluss gefasst hat? So war das, es ist nicht Ihr Verdienst!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Er ist gefüllt worden durch die große Koalition, Herr Mützelburg!)

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Kollege Mützelburg, ich bin durchaus in der Lage und bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie den Stadtreparaturfonds beschlossen, aber nicht gefüllt haben. Nichts anderes habe ich gesagt.

Meine Damen und Herren, seit 1995 bemüht sich diese Koalition, die Schulen zu sanieren. Der Stadtreparaturfonds ist erfolgreich. 100 Millionen DM wurden von 1995 bis 1999 aufgebracht, um die Schulschubstanz zu erhalten. Meine Damen und Herren, zirka 120 Millionen DM stehen für die fünfzehnte Wahlperiode zur Verfügung, 30 Millionen DM per anno, Frau Wangenheim hat dies schon ausgeführt. Das ist viel Geld, auch wenn es noch lange nicht ausreichen wird, in dieser Wahlperiode alle Schulgebäude komplett zu sanieren. Wir sind

prinzipiell schon der Auffassung, dass die Mittel aus dem Stadtreparaturfonds, wie der Name es sagt, zur Reparatur verwandt werden. Für Neu- und Umbauten müssen wir andere intelligente Lösungen finden.

(Beifall bei der CDU)

Wir begrüßen daher prinzipielle Überlegungen, die Herr Senator Lemke in jüngster Vergangenheit in Gesprächen mit den Tageszeitungen „Die Welt“, „Weser-Kurier“ und „Bremer Nachrichten“ geäußert hat, zum Verkauf und Leasen von Schulgebäuden. Ein privater Eigentümer wird im Fall einer Realisierung des Modells erheblich mehr zum Erhalt der Gebäude leisten können als der Staat. Ich darf aber hier an dieser Stelle schon jetzt anmerken, dass dies nur nach genauer juristischer Überprüfung des Verfahrens und exaktem Durchrechnen der Wirtschaftlichkeit für die öffentliche Hand überhaupt in Erwägung gezogen werden darf. Die pauschale Ablehnung, meine Damen und Herren von den Grünen, zeigt hier nur erneut Ihre fehlenden Ideen.

Der Stadtreparaturfonds ermöglicht dem Senator für Bildung, die Schulen, die im so genannten Ruinenkataster aufgelistet worden waren, nach und nach zu sanieren. Schönheitsreparaturen sind es im Übrigen überhaupt nicht, die hier mit dem Geld bezahlt werden. Zur Instandhaltung und Substanzerhaltung der Schulgebäude war es aber dringend notwendig.

(Beifall bei der CDU)

Die dafür zur Verfügung gestellten Mittel belegen wieder einmal den großen Stellenwert, den diese große Koalition der Bildung in unserer Stadt beimisst.

(Beifall bei der CDU)

220 Millionen DM in zwei Wahlperioden sind ohne Zweifel ein guter Beweis für den Willen dieser großen Koalition.

Ich möchte darüber hinaus aus aktuellem Anlass auch noch einmal auf die Schlagzeilen der letzten Woche eingehen und sagen, dass sie jeder Grundlage entbehren. Die Mittel für die Schulen, meine Damen und Herren, waren immer unstrittig. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat ja auch entsprechend am Freitag die ersten zwölf Millionen DM für dieses Jahr bewilligt.

Wichtig ist es, die Mittel sparsam zu steuern und den Mittelabfluss zu kontrollieren. Wir werden auch die Rolle der Bremer Baumanagement GmbH neu diskutieren müssen. Der Staat, Frau

Wangenheim, das haben Sie auch gesagt, ist ein schlechter Unternehmer. Private Baufirmen können, dies haben Beispiele belegt, zu deutlich günstigeren Konditionen Sanierungsmaßnahmen ausführen. In Einzelfällen haben wir in der Bildungsdeputation neben Kostendeckelung auch durch Ortsbesichtigungen und Diskussionen mit den Verantwortlichen erhebliche Kostenreduktionen erzielen können. Ich denke hier, Frau Hövelmann, zum Beispiel an die berühmte Hausmeisterwohnung in Schwachhausen, für die wir nach langer, intensiver Diskussion und Ortsbesichtigung eine erhebliche Kostenreduktion erreichen konnten.

Das Bildungsressort ist an die Bremer Baumanagement GmbH gefesselt. Darum werden wir uns auf jeden Fall noch kümmern müssen.

Eine besondere Aufgabe stellt sich uns mit den Mobilbauten, in denen seit den sechziger Jahren Schulklassen aus damaligem Platzmangel untergebracht worden sind. 133 Mobilbauklassenräume werden zurzeit noch in 31 Schulen genutzt, 35 weitere Mobilklassenräume sind vermietet oder werden anderweitig genutzt.

Schon in der vergangenen Wahlperiode hat dieses Haus ein Ersatzprogramm für Mobilbauklassen beschlossen und mit der Umsetzung begonnen. In Oberneuland, Arsten und Kirchhuchting sind die ersten neuen Festbauten schon errichtet und können noch im Verlauf dieses Jahres von den Schulen komplett bezogen werden.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Oberneuland ist schon bezogen!)

Kirchhuchting hatte gerade erst das Richtfest.

Vor 35 Jahren hat man sich wenig Gedanken um Asbestose und andere mögliche Gesundheitsschäden gemacht, meine Damen und Herren, die von Mobilbauklassen ausgehen könnten. Wir müssen heute mit neuen Erkenntnissen, aber knapperen Mitteln arbeiten. Schönheit darf auch hier überhaupt kein Kriterium sein, es geht nur um die Gesundheit!

(Abg. Frau Jansen [SPD]: Ein bisschen schön ist auch gesund!)

Von den jetzt noch in Nutzung befindlichen Räumen werden 119 unter Vorbehalt der Fortschreibung benötigt. Wir unterstützen hier die Umsetzung des McKinsey-Gutachtens, im Rahmen der Raumoptimierung vorrangig auf Ersatz von abgängigen Mobilbauten zu verzichten.

Aus der Antwort des Senats geht hervor, dass er sich sehr wohl der gesamten Problematik der Mobilbauklassen bewusst ist. In Kürze wird der Senat dann über die Fortsetzung des Mobilbauersatzprogramms entscheiden. Wir sind zuversichtlich, dass der Senat dem Hause einen guten Vorschlag machen wird, den wir dann hier auch hoffentlich einstimmig unterstützen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Zachau.

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hatte eigentlich damit gerechnet, dass der Senat noch irgendetwas sagt, aber das scheint nicht der Fall zu sein. Das spricht für sich! Ich wollte nur zu ein paar Dingen doch noch Stellung nehmen.

Erstens haben wir an keiner Stelle den Stadtreparaturfonds abgelehnt - ehe Sie wieder Märchen im Lande verbreiten -, sondern wir fordern genau ein, dass der Stadtreparaturfonds endlich dafür genutzt wird, für was er geschaffen worden ist und nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern und von strukturellen Defiziten. Das ist einfach nicht in Ordnung, weil es nicht angehen kann, dass wir unsere Gebäude verkaufen, und nach uns die Sintflut! Die nachfolgenden Generationen können dann sehen, wie sie damit zurechtkommen, ohne dass wir wirklich dafür sorgen, dass das, was bleibt, auch richtig erhalten wird.

Das gilt natürlich in wesentlich schärferer Form für diese Modelle, die jetzt aus der Haushaltsnotlage bundesweit und auch parteiübergreifend immer weiter sprießen. Da gibt es ganz merkwürdige Konstellationen. Die Position, die ich da habe, ist ziemlich deckungsgleich mit der der CDU in Schleswig-Holstein. Unsere grünen Freunde tragen leider dieses Modell mit.

Ich will einmal trotzdem die Kritik wiederholen, weil ich glaube, das hat überhaupt nichts mit Parteizugehörigkeit zu tun, sondern mit der Versuchung von Politikern, irgendwie Geld zu beschaffen, das nicht da ist. Das scheint mir ein parteiübergreifendes Problem zu sein in dem Moment, in dem die Parteien an der Regierung sind.

Strukturell passiert doch Folgendes: Wenn wir die Gebäude verkaufen, dann sind sie sozusagen kaufmännisch aus der mietfreien Nutzung heraus, weil wir sie dann zurückmieten. Das heißt, wir haben im Haushalt eine langfristige Belastung der konsumtiven Ausgaben, weil die Miete Jahr für Jahr gezahlt werden muss. Wir belasten unsere Haushalte strukturell für die nachfolgenden Ge-

nerationen, und die Werte sind weg. Mit der Miete zahlen wir dann auch zum Beispiel Reparaturen und dergleichen mehr, weil sich das der Vermieter natürlich über den Mietzins wieder hereinholt. Das heißt, wir haben dann auch nicht mehr die Möglichkeit, in diesen Gebäuden Investitionen zu tätigen, also über das normale Haushaltsgeschäft kreditfinanziert Investitionen zu tätigen und sie dann für die Dauer der Nutzung, wenn Sie so wollen, abzuschreiben, sondern wir müssen konsumtiv Monat für Monat, Jahr für Jahr Mittel einstellen und sorgen dafür, dass die Nachfolgenden nicht mehr handeln können. Das ist das Haushaltstechnische.

Was mich aber an der Argumentation der großen Koalition wirklich erheblich stört, ist die Tatsache, dass Sie auf der einen Seite mit Millionenbeträgen Investoren nach Bremen locken wollen und das subventionieren, indem Sie Geld aus Bereichen wie Kultur, Bildung und dergleichen mehr wegnehmen - das haben Sie mit dem Haushalts-sanierungssicherstellungsgesetz beschlossen -, dann erwarten Sie, dass irgendwelche Investoren kommen, um genau diese Lücken zu schließen. Das finde ich wirklich paradox.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Warum soll ein Investor da, wo der Staat schon selbst kein Geld mehr hat, investieren? Das macht überhaupt keinen Sinn. Ich finde, Sie sollten aufhören mit dieser Verdrehung!

Eine kleine Sache möchte ich noch am Schluss anmerken, weil das doch zunehmend auch auffällt im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung der Gebäude und ihres Werteeerhalts! McKinsey hat mit sich gebracht, dass neue Steuerungselemente eingeführt wurden. Die Rückmeldung aus den Schulen, und ich glaube, auch aus vielen anderen Nutzungsbereichen ist die, dass die Lage nicht übersichtlicher geworden ist, sondern unübersichtlicher. Die Schulen und die Nutzer in den Dienststellen haben es jetzt nicht mehr mit BreHoch und ihrer Behörde zu tun, sondern sie haben es mit dem Nachfolger von BreHoch, der heißt jetzt, glaube ich, Bremer Baubetrieb, und dem Bremer Baumanagement zu tun. Das Ganze ist nicht schlanker geworden, sondern es hat in der Tat mehr Bauch angesetzt.

Ob das der Sinn von McKinsey war, da würde ich doch darum bitten, dass wir parteiübergreifend wirklich noch einmal ganz intensiv darüber nachdenken! - Vielen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat Herr Staatsrat Köttgen.

Staatsrat Köttgen^{*)}: Herr Zachau, weil Sie so - -. Oh, Entschuldigung! Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Eckhoff [CDU]: Das wollte er sagen! Das war Herr Zachau!)

Herr Zachau, weil Sie so nach einer Antwort des Senats hier noch einmal gefragt haben, will ich doch zumindest auf zwei Aspekte eingehen, die Sie gesagt haben. Es wundert mich schon sehr, nachdem wir das mehrfach mündlich mindestens in der Deputation gesagt haben, wie wir dabei sind zu bündeln, bestimmte Maßnahmen, Contracting und Ähnliches zu machen, und beispielsweise auch genau erklärt haben, warum es bei den Dachsanierungen vielleicht nicht so sinnvoll ist, weil die Betriebe nicht so organisiert sind, dass man es da sinnvoll machen kann, dass man es aber bei den Heizungsanlagen durchaus versuchen sollte - wir betreiben dies auch -, dass Sie dies nun hier als etwas verkünden, als wenn es Ihre Idee wäre und Sie uns auffordern müssten.

(Beifall bei der SPD)

Es ist Ihnen vorgetragen worden, dass wir dies machen und dabei sind!

Das Zweite, von dem ich doch finde, dass man es ernsthafter angehen sollte, ist die Frage: Wie finden wir vernünftige Finanzierungsmodelle für das, was wir machen, und wie können wir dies am effektivsten machen? Dabei ist es überhaupt nicht der Versuch, Geld zu besorgen, das wir nicht haben, sondern wir wollen mit den Steuergeldern so umgehen, dass wir sie möglichst effizient und vernünftig einsetzen. Wir wollen nicht spätere Generationen damit belasten.

Sie könnten es sich - der Herr Präsident hat dies genau verfolgt in der Wissenschaftsdeputation in der letzten Legislaturperiode - sehr genau ansehen, wie wir das beispielsweise im Wissenschaftsbereich gemacht und vorgemacht haben. Das ist alles nachgerechnet mit Barwertmethoden und allem Drum und Dran, dass es letztlich auch für den Steuerzahler und für die zukünftigen Generationen günstiger ist, als es so zu machen. Ich finde das schon wichtig, dass nicht nur so getan wird, wir wollten uns hier irgendwo Geld besorgen,

sondern wir wollen effizient die Mittel einsetzen, die uns zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache 15/76 S, auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und der CDU Kenntnis.

Verkehrskonzept Bahnhofsvorstadt - Bürgerweide - Vorderes Schwachhausen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. November 1999
(Drucksache 15/63 S)

Als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Logemann.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bündnis 90/Die Grünen beantragt heute, dass der Senat bis zum 30. April ein Verkehrskonzept für den gesamten Bereich um den Bahnhof herum bis zur Schwachhauser Heerstraße vorlegt. Ich möchte jetzt sagen, weil fast zwei Monate vergangen sind, seit wir den Antrag eingebracht haben, kann es auch bis zum 30. Juni sein.

Warum haben wir gerade diesen Antrag gestellt? Der äußere Anlass waren zwei Meldungen und konkrete Planungen, die im vergangenen Herbst bekannt geworden sind und nun wohl auch Schritt für Schritt umgesetzt werden. Das eine ist der Ausbau der Schwachhauser Heerstraße von der Kurfürstenallee bis zur Bismarckstraße, wofür die Planungen laufen, und das andere sind die anhaltenden Meldungen aus dem Hause der Senatorin für Bau und Verkehr, die Kreisverkehrsanlage am Stern doch in eine ampelbewehrte Kreuzung umzubauen.

Meine Damen und Herren, warum verlangen wir ein Verkehrskonzept, wenn Sie dann immer noch fragen, wenn es einzelne Vorgänge sind? Wir verlangen ein Verkehrskonzept, weil die Planungen des Verkehrs in der Innenstadt und um die Innen-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

stadt herum natürlich abhängig sind von dem, was man künftig an Verkehren erwartet und was man gegenwärtig an Verkehren da hat, also von einer vernünftigen Analyse der Situation. Macht man das nicht, kostet es viel Geld für Maßnahmen, die man hinterher wieder umwerfen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben gerade ein ganz aktuelles Beispiel, meine Damen und Herren von der Koalition! Vor zwei Jahren ist die Schwachhauser Heerstraße für die Linie vier neu ausgebaut worden. Damals ist auch die Kreuzung Bürgermeister-Spitta-Allee, Schwachhauser Heerstraße, Horner Heerstraße, Marcusallee neu ausgestattet worden mit neuen Ampelanlagen. Jetzt sind es keine zwei Jahre her, dass diese in Betrieb genommen wurden, da muss die Baudeputation beschließen, dass diese Kreuzung erneut umgebaut wird, damit der Verkehr da überhaupt gesichert werden kann! Woran liegt es? Weil damals offensichtlich nicht bedacht worden ist, dass man beschlossen hat, für den Büropark Vahr, der auch von der Koalition beschlossen ist, die Straße Am Achterdiek zu schließen und im Rhododendronpark künftig ein Rhodarium bauen will, das natürlich eine Menge Verkehr anziehen wird.

Wenn man keine Gesamtkonzeption dafür hat und dies nicht in die Verkehrsplanung eingehen lässt, kostet das Geld. Bremen hat das Geld nicht, aber es muss ausgegeben werden, um jetzt überhaupt den Interessen der Bürger in diesem Kreuzungsbereich nachzukommen. Das ist verschleudertes Geld, und deshalb brauchen wir ein Konzept!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, wir haben nicht so viel Redezeit vereinbart, deshalb will ich das nur an einem Beispiel erläutern, was das für diesen Bereich heißt, nämlich an dem aktuellsten Bereich, dem des Ausbaus der Schwachhauser Heerstraße! Die Koalition hat beschlossen, das steht, glaube ich, auch in der Koalitionsvereinbarung, dass die Schwachhauser Heerstraße von der Kurfürstenallee vierspurig ausgebaut wird bis zur Bismarckstraße. Das ist ein alter Traum, den Concordia-Tunnel auszuweiten, ein alter Kampf der Schwachhauser ging auch dagegen, keine Stadtautobahn durch Schwachhausen. Ich glaube, diese Auseinandersetzung ist auch heute noch so berechtigt wie vor zwölf Jahren, auch gerade unter konzeptionellen und Kostenpunkten.

Meine Damen und Herren, die Schwachhauser Heerstraße ist heute von der Kurfürstenallee bis zur Hollerallee vierspurig, die Schwachhauser Heerstraße ist dann bis zur Bismarckstraße im

Prinzip zweispurig, die Gleise der Straßenbahn können mit benutzt werden. Allen Angaben nach, die ich kenne aus dem Amt für Straßen und Verkehr und von Verkehrsplanern, hat der Verkehr in die Innenstadt auf dieser Strecke in den letzten Jahren nicht zugenommen, sondern abgenommen. Ernsthafte Behinderungen der Straßenbahn auf der Strecke im Concordia-Tunnel gibt es nicht regelmäßig, sondern nur selten zu wenigen Zeitpunkten und auch nicht an jedem Tag, und das auf einer Strecke von 150 Metern.

Wenn ich mir dann ansehe, dass Vor dem Steintor/Ostertorsteinweg die Straßenbahn oft 1,5 Kilometer im Stau steht, dann frage ich mich, ob diese Maßnahme unter heutigen Gesichtspunkten überhaupt berechtigt ist, da extra eine Straßenbahntrasse zu bauen und daneben noch einmal vierspurig auszubauen und sich dafür den ganzen Ärger in Schwachhausen zuzuziehen, ohne dass nach heutigem Verständnis der Verkehr da wachsen wird. Das ist die eine Seite.

Das Zweite ist, wenn man da doch ausbauen will, dann muss man jedenfalls sagen, wofür man das macht. Wenn man mehr Verkehr in die Innenstadt ziehen will, mehr Autos auf dieser Strecke in die Innenstadt ziehen will, dann rechnet sich das vielleicht, wenn man ein Freund des Individualverkehrs ist. Oder will man in Wirklichkeit mehr Verkehre auf die Straßenbahn legen? Braucht man deswegen eine schnellere Straßenbahntrasse? Braucht man dann breitere Straßen für die Autos?

Das sind Fragen, die man ja wenigstens klären und öffentlich beantworten muss unter der Perspektive, was in den nächsten zehn oder 15 Jahren in diesem Bereich an Autoverkehr, an Fahrradverkehr, an Straßenbahnverkehr zu erwarten ist. Nichts dergleichen liegt vor. Sie haben im Senat vor zweieinhalb Jahren eine Untersuchung zu Teilbereichen davon machen lassen. Auch die Ergebnisse sind nicht veröffentlicht worden, ich glaube, weil Sie zu dem Fazit kommen, alle Lösungen, die Sie jetzt vorsehen, sind halbherzige Lösungen, die zwar Geld kosten, aber weder künftige Probleme, die wir noch nicht genau kennen, noch die gegenwärtige Situation ernsthaft verbessern helfen und deshalb nötig sind.

Meine Damen und Herren, jetzt ist da von relativ viel Geld, von 15 bis 20 Millionen DM, die Rede, die dieser Ausbau kosten wird, das Sie jetzt investieren. Wenn Sie das machen, was Sie jetzt machen, ohne zu wissen, was Sie künftig vorhaben - wollen Sie den Rembertikreisel bebauen oder nicht? -, führt das dazu, dass der Verkehr anschließend hinter einem Tunnel wieder im Stau an der Bismarckstraße, Außer der Schleifmühle an der Zufahrt zum Rembertiring stehen bleibt, oder,

das könnten ja Planungen sein, wollen Sie die alte Apotheke, die da steht, abreißen und eine Straße durchführen? Das könnte man ja machen. Wollen Sie die Straßenbahn verlegen? Die Gutachter haben schon gesagt, das sei Unsinn, sie Außer der Schleifmühle fahren zu lassen. Was haben Sie vor? Man weiß es nicht, meine Damen und Herren!

Weil man das nicht weiß, besteht die Befürchtung, dass das Gleiche wie in der Markusallee passiert, dass Sie wieder eine Straße ausbauen, Geld hineinstecken, weil Sie es vereinbart haben, und am Ende kommt nichts heraus außer Kosten, die zu neuen Bauten und neuen Umbauten führen, eben weil Sie uns kein Konzept vorlegen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will das jetzt hier nicht an anderen Beispielen vertiefen. Das könnte man am Stern vertiefen, an den Messehallen. Das gehört alles dazu. Ich sage nur dieses Beispiel, weil es jetzt gerade das aktuellste ist. Deshalb sagen wir: Legen Sie der Bürgerschaft ein Gesamtkonzept vor, sagen Sie, wie die künftige Entwicklung in dem Bereich sein wird, sagen Sie, welche Verkehre Sie in dem Bereich erwarten, sagen Sie auch, wie die Ergebnisse der Verkehrszählungen jetzt sind, und berufen sich nicht mehr auf die von 1992!

Meine Damen und Herren von der CDU, wenn es um die Linie vier geht, dann machen Sie sich diese Zählungen auch nicht zu Eigen, sondern sagen, die sind von gestern. Wir müssen moderne Zahlen nehmen. Lassen Sie das auch hier gelten, und lassen Sie uns danach entscheiden, welche Ausbaumaßnahmen im Verkehrssystem rund um den Bahnhof nötig, wichtig und vorrangig sind, und geben Sie nicht kurzfristig nur Ihren emotionalen Koalitionsentscheidungen vom letzten Sommer nach, das kann teuer werden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als der Antrag in der Tat vor zwei Monaten sozusagen das Licht der parlamentarischen Welt erblickte, da kam doch schon die Frage zumindest bei mir in der Fraktion auf, was denn dieser Antrag nun bewirken sollte. Relativ schnell war man bei dem Punkt, dass es wahrscheinlich darum geht, aktuellen Projekten, aktuellen Fragestellungen, wie zum Beispiel den Arbeiten am Concordia-Tunnel und Planungen für den Concordia-Tunnel, ein Forum zu verschaffen,

und dass es hier eigentlich weniger um die Frage eines Verkehrskonzepts geht.

Ich finde, und das darf ich vielleicht vorwegschicken, Anträge haben eigentlich den Inhalt und das Ziel, Vorschläge zu machen, Vorschläge zu entfalten. Dieser Antrag hat doch eher den Charakter einer Großen Anfrage, der wir hier alle zustimmen sollen, weil, schauen Sie sich das einmal an, da kein einziger Vorschlag gemacht wird. Lieber Herr Kollege Mützelburg, Sie haben es leider auch vermieden, hier Vorschläge zu machen zu Verkehrsproblemen, zu Verkehrsengpässen, die ja in der Tat an verschiedenen Stellen bestehen.

Der Punkt aber zu den einzelnen Fragestellungen, die Sie dort ansprechen, ist doch, dass all dies in Arbeit ist, dass an all den Stellen, die Sie thematisieren, der Senat und auch die Koalition Vorschläge gemacht haben und auch konkrete Maßnahmen ins Auge fassen. Also, wo ist das Neue, wohin soll eigentlich diese Initiative zielen außer eben auf die Thematisierung von Einzelvorhaben oder um eine Generalkritik zu ermöglichen?

Einen Punkt muss ich aus dem Beitrag natürlich sofort aufnehmen. Das ist die Frage der gerade in der Deputation einhellig und gemeinsam beschlossenen Maßnahmen im Bereich der Markusallee, Kreuzungsbereich zur Leher Heerstraße und Bürgermeister-Spitta-Allee. Das ist doch keine Maßnahme, die man damals hätte machen können.

In der Tat sind diese Baumaßnahmen vor zwei Jahren gemacht worden, aber da gab es noch keine Beschlussfassung über Büropark und Ähnliches. Vor allem ist es so, dass wir jetzt eine neue Situation haben und hier eine zusätzliche Maßnahme durchführen, eine zusätzliche Maßnahme, die die Leistungsfähigkeit der Markusallee erhöht, dort eine weitere Abbiegespur schafft und den Verkehr von dort aus effizienter macht! Das ist nichts, wofür man doppelt Geld ausgibt, sondern das ist eine Maßnahme, die jetzt zusätzlich angefasst wird. Dadurch wird nichts überflüssig, was vor zwei Jahren im Zusammenhang mit dem Bau der Linie vier angefasst worden ist.

Die Kritik geht also fehl, dass es hier keine vernünftige Konzeption gegeben hätte, sondern hier wird auf aktuelle Bedarfe reagiert, die in der Tat ja im Zusammenhang mit der Entwicklung im südlichen Achterdiek stehen und der dort jetzt ins Auge gefassten Aufhebung der Sperrung.

Eine Illusion darf man, glaube ich, in der Tat nicht haben, die Illusion, dass es uns gelingen wird, Verkehr zu reduzieren, wenn wir das gemeinsam getragene Ziel erreichen, die Innenstadt attraktiver

zu machen und attraktive Punkte sowohl im Bereich der Bürgerweide als auch im Bereich der Innenstadt selbst zu schaffen wie zum Beispiel durch das Musical, und wenn wir erreichen wollen, dass sich in der Innenstadt wieder die Kaufkraft verstärkt. So wird es nicht gelingen.

Die Frage ist aber, und ich finde, da spricht der Antrag einige richtige Kernpunkte und einige richtige Gedanken an, ob es denn sein muss, dass Attraktivitätssteigerung mit einer Zunahme von Verkehr einhergehen muss. Es ist ja in Wirklichkeit auch so, dass eine Zunahme von Verkehr, zumindest eine Zunahme von Verkehr, der vermeidbar ist, nicht unbedingt zur Attraktivität führt. Die Formel für Verkehrspolitik muss doch sein, dass wir dafür sorgen, dass eine Großstadt wie Bremen einen starken Außenring hat, dass sie moderate Zuführungen in Richtung Innenstadt hat, aber dass wir versuchen, dass sie sich zurückhaltend entwickelt im Innenstadtkverkehr selbst, damit eben dort attraktive Entwicklungen Raum finden. Städte wie Nürnberg beispielsweise zeigen es ja, wo der Innenstadtbereich selbst auch relativ ruhig ist, aber die Zuführungen vernünftig sind und vor allem ein Außenring existiert.

Darum, wenn man hier über diese Punkte redet, lieber Kollege Mützelburg, muss man auch ein klares Bekenntnis dazu abgeben, dass wir einen Autobahnring um Bremen brauchen und dass die Vorhaben im Zusammenhang mit der A 281 richtig sind genauso, wie wir insbesondere die Stärkung des ÖPNV und den weiteren Bau der Linie vier für richtig erklären müssen!

Da habe ich die Rede nun an gar keiner Stelle mehr verstanden, denn es ist doch eine richtige und vernünftige Angelegenheit, wenn wir dafür sorgen, dass die Schwachhauser Heerstraße insbesondere für den ÖPNV, und in diese Richtung muss man alle Überlegungen beim Concordia-Tunnel ausrichten, leistungsfähiger und schneller wird. Die Schwierigkeiten, die wir im Bereich Ostertor/Steintor haben, lasse ich doch nicht als Grund dafür gelten, dass ich an der Schwachhauser Heerstraße nichts mache. Das wäre die falsche Konsequenz, sondern man muss die Dinge dort anfassen.

Die politische Situation ist ja mittlerweile so, dass wir Sozialdemokraten in der Tat die Einzigen sind, die dies betonen. Dass die CDU damit eine Schwierigkeit hat, weil sie Sorgen hat und auch als unser Koalitionspartner Sorgen hat, dass der Individualverkehr auf der Schwachhauser Heerstraße nicht mehr fließen kann, ist bekannt. Dass jetzt die Grünen sozusagen mit anderen Sorgen herkommen und sich auch gegen eine Leistungsverstärkung für den ÖPNV dort wehren, ist für

mich ein bisschen neu. Ich finde das schade und nicht die richtige Richtung. Wir fassen die Sachen jedenfalls dort mit der Richtung an, dass wir ÖPNV, Linie vier, verstärken wollen.

Meine Damen und Herren, wir kommen dazu, dass wir heute diesen Antrag eben aus dem Grunde, dass er wenig zielgerecht, wenig zielführend ist und auf der anderen Seite diese Maßnahmen in der Realität schon angefasst werden, hier ablehnen werden. Gleichwohl will ich schon deutlich machen, dass das Anliegen selbst, der Grundgedanke, richtig ist, und mein sehr starker Eindruck ist, dass dieses Anliegen aufgegriffen wird in unserer Verkehrspolitik, das Anliegen nämlich, die einzelnen Projekte und Vorhaben, die wir anfassen, im Zusammenhang zu sehen.

Verkehrspolitik zeichnet sich nicht dadurch aus, dass ich ein Projekt an das andere addiere, sondern gerade Verkehrspolitik zeichnet sich dadurch aus, dass die einzelnen Punkte zusammenpassen und vernünftig zusammenfließen. Darum geht es. Das ist der richtige Gedanke in dem Antrag. Der wird aber nicht deutlich, und vor allem ist es so, dass die Politik des Senats an dieser Stelle die Fragen schon aufgreift. Von daher lehnen wir den Antrag hier ab. - Danke sehr!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. Pflugradt (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe Ihren Antrag, Herr Mützelburg, genau durchgelesen und wollte eigentlich mit der Aussage einsteigen, dass da vieles nicht neu ist, aber neu ist, dass Grüne in einem Antrag von Straßenbau und Schaffung von Parkplätzen reden.

Sie haben allerdings nur einen Aspekt herausgenommen, Sie haben einmal die Frage Concordia-Tunnel/Schwachhauser Heerstraße angesprochen, aber die anderen Dinge, die Sie angesprochen haben, haben Sie in Ihrem Redebeitrag nicht erwähnt. Vielleicht kommt das ja in einem zweiten Beitrag. Aber ich nehme Ihren Antrag ernst, insofern gestatten Sie mir, auch darauf einzugehen, was Sie in den Antrag selbst hineingeschrieben haben!

Sie fordern die Anbindung des Veranstaltungszentrums Bürgerweide für alle Verkehre. Sie erinnern sich vielleicht, da waren Sie dabei, Herr Mützelburg, als wir in den Wirtschaftsförderungsausschüssen die Ausschilderung besprochen und beschlossen haben, haben wir auf unseren Antrag hin den Bausenator aufgefordert, ein entsprechen-

des Konzept zur besseren Erreichbarkeit der Bürgerweide vorzulegen, und wir erwarten, dass solch ein Konzept in nicht allzu ferner Zukunft vorgelegt wird.

Sie sprechen die Umgestaltung des Rembertkreises an. Sie wissen, dass das Koalitionsvereinbarung ist. Sie sprechen die Sicherung von Parkraum für alle Individualverkehre im Bereich Bahnhof/Bürgerweide an. Da will ich nur einmal daran erinnern, dass das vor vier Jahren war, als wir über Bahnhof geredet haben. Ein bisschen spät aufgewacht, habe ich mir dazu geschrieben. Dann sprechen Sie den Güterbahnhof Promotionpark an.

Dann sprechen Sie, und das will ich dann doch im Zusammenhang sehen, die Frage Concordia-Tunnel an, Schwachhauser Heerstraße. Darauf sind Sie eingegangen und sagen, in dem Bereich zwischen Hollerallee und Concordia-Tunnel staut sich das ja gar nicht. Das ist richtig. Der Stau ist vorher, nämlich im Bereich der Schwachhauser Heerstraße von der Hollerallee in Richtung St.-Joseph-Stift. Da wird der Verkehr aufgefangen, weil es da plötzlich in eine Einspurigkeit geht. Deswegen ist es notwendig, dass wir im gesamten Bereich dort die Straße vierstreifig ausbauen, zwei Fahrstreifen für beide Fahrtrichtungen.

Sie sprechen den Gesichtspunkt an, dass man versuchen müsse, Durchgangsverkehre auf dieser Achse zu vermeiden. Das ist völlig richtig, dass man versuchen muss, das zu vermeiden, wenn man es vermeiden kann.

Herr Dr. Sieling hat das richtig angesprochen. Warum gibt es denn ein Stück weit Durchgangsverkehre? Weil es den Autobahnring erstens so nicht gibt und zweitens die A 27 schlicht vorbereitet werden muss! Bloß, da verweigern Sie sich! Genauso ist es notwendig, um in diesem Bereich Durchgangsverkehre zu vermeiden, die Georg-Bitter-Straße auszubauen. Auch da verweigern Sie sich.

Dann finde ich Ihren Antrag irgendwie völlig unlogisch. Sie sagen also, in dem Bereich solle da nichts passieren. Aber dann schreiben Sie selbst in Ihrem Antrag: „In diesem Konzept soll weiter dargelegt werden, ob der Senat Überlegungen verfolgt, vom Dobben bis zur Hochstraße Breitenweg eine unterirdische Straßenführung mit Tiefgarage zu realisieren.“ Das fragen Sie doch nicht, weil Sie das nicht wollen! Ich unterstelle Ihnen, dass Sie das wollen! Insofern ist das ein neuer Aspekt, dass Grüne auch einmal von Straßenbau und Tiefgaragen und Parkplätzen reden. Das finde ich schon ganz interessant.

Dann sprechen Sie weiter davon, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus Ihrem Antrag: „langfristig einen Abriss der Hochstraße und eine ebenerdige und/oder unterirdische Straßenführung im Abschnitt Rembertstraße bis Nordwestknoten plant“. Sie wollen also einen Tunnel haben vom Nordwestknoten bis zum Dobben, also quasi vor dem Concordia-Tunnel. Wenn Sie das wollen, ich finde die Idee gar nicht so schlecht, wollen Sie das Fünffache eines Hemelinger Tunnels.

Die Grünen als die Tunnelbauer dieser Stadt - ich meine das gar nicht so ironisch, wie das vielleicht klingt - finde ich einen interessanten Aspekt. Ich finde es bloß ein Stück weit widersprüchlich, dass Sie einen vierstreifigen Tunnel vom Nordwestknoten bis zum Dobben wollen, und anschließend soll es einspurig weitergehen. Das passt irgendwie nicht zusammen. Ich finde das schlichtweg unlogisch!

(Abg. Dr. Schrörs [CDU]: Was würde denn so ein Tunnel kosten?)

Wenn wir die Maßstäbe des Hemelinger Tunnels nehmen, kommen wir über eine Milliarde DM. Da müssen wir richtig umschichten von bestimmten Sozialbereichen und so weiter, um das finanzieren zu können.

Die Grünen, die Straßenbauer dieser Stadt, die Tunnelbauer dieser Stadt, mit entsprechenden Parkplätzen! Ich finde das einen interessanten Aspekt. Ich fand es bloß interessant, dass Sie selbst, den Antrag haben Sie hier ja eingebracht, in der Debatte gar nicht darauf eingehen.

Das habe ich ein Stück weit vermisst, dass Sie das mitbegründet haben, denn wenn man so etwas hineinschreibt, das ist ja nichts, worüber wir bisher so alltäglich diskutiert haben. Ich finde, wir müssen uns darüber doch noch stärker unterhalten. Aber bevor wir das hier konkret als Bürgerschaft beschließen, dass wir solch einen Tunnel vom Nordwestknoten bis zum Dobben wollen, sollten wir doch vorher noch einmal mehr in der Fachdeputation darüber reden und diskutieren.

Wenn Sie von Logik in der Verkehrspolitik reden und solch einen vierstreifigen Tunnel, ich wiederhole mich, vom Nordwestknoten bis zum Dobben wollen, mit einer Tiefgarage auch noch nebenbei, das habe ich ja zitiert, dann ist es nicht logisch, wenn Sie anschließend sagen, nur weil es in Schwachhausen hier und da einige Protestler gibt, dass wir da die Straße nur zweistreifig machen, eine Fahrspur in beide Richtungen. Weil Sie wissen, dass es da den einen oder anderen gibt, der da Proteste erheben wird, wenn wir diese Straßenplanung vorlegen werden, auch im Zusam-

menhang mit dem Ausbau des ÖPNV, wollen Sie doch nur absahnen. An anderer Stelle, wo es nichts kostet, schreiben Sie plötzlich so etwas hinein.

Das ist ein Stück weit unlogisch, was Sie hier vorlegen, und deswegen, finde ich, kann man den Antrag auch so nicht beschließen. Hinzu kommt, wenn wir das machen sollten mit diesem Tunnel, es ist ja gar keine so schlechte Idee, dann müssten wir nur alle anderen Verkehrsprojekte einstampfen und aus anderen Töpfen auch noch Geld beschaffen. Insofern sollte man noch ein bisschen länger über den Antrag nachdenken und über den Aspekt, dass die Grünen, ich wiederhole mich, jetzt so richtig in den Tunnelbau einsteigen wollen. Das ist schon faszinierend. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Mützelburg.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Jetzt müssen Sie aber etwas dazu sagen!)

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das war eben ein echter Pflugradt, was wir eben wieder gehört haben. Erst einmal bin ich fasziniert, dass Sie sich in der Koalition einmal wieder nicht verständigen können. Herr Sieling wirft mir in seiner Rede drei Minuten lang vor, dass die Grünen überhaupt keine inhaltlichen Vorschläge haben, Herr Pflugradt wirft mir drei Minuten in seiner Rede vor, dass wir zu viele und falsche und zu teure und sonstige inhaltliche Vorschläge haben.

Tatsächlich haben wir den Senat gebeten, ein Konzept vorzulegen und bei der Anfertigung dieses Konzepts bestimmte Fragen zu bedenken oder auch zu beantworten. Zum Beispiel dieser Tunnel unter dem Rembertikreisel war beim besten Willen nicht meine Idee, sondern der Bürgermeister dieser Stadt, Herr Scherf, und der heutige Bürgerschaftspräsident, Herr Weber, haben in der letzten Legislaturperiode mehrfach öffentlich geäußert, dass sie das für dringend erforderlich halten.

(Abg. Pflugradt [CDU]: Weil Sie es nicht wollen, haben Sie das in den Antrag geschrieben! Oder wollen Sie das?)

Herr Kollege Pflugradt, wir wollen vom Senat wissen, was er meint, wie es in diesem Bereich weiter geht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ihre Aufgabe als Regierung ist es, als Erstes zu sagen, wie Sie sich das denken. Unsere Aufgabe ist es, dies zu kritisieren oder, wenn wir andere Vorschläge haben, andere Vorschläge zu machen, Punktum! So ist das Verhältnis hier zwischen Regierung und Opposition, und als Sie selbst noch in der Opposition waren, das war ja bis zum Jahr 1995, hat der Abgeordnete Pflugradt jedes Jahr zweimal, ich habe mich irgendwann richtig lustig darüber gemacht, hier eine Rede zum Generalverkehrsplan gehalten, der für diese Stadt dringend nötig sei.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bitte, Herr Pflugradt, lassen Sie die Kirche im Dorf! Wir haben einen Antrag gestellt, und der Kollege Sieling hat es ganz recht verstanden, es geht schon darum, ein integriertes Konzept für diesen Bereich, für den Zulauf in die Innenstadt und für das Umfahren der Innenstadt vorzulegen. Das mit dem Berichtsantrag finde ich albern, Herr Kollege Sieling. Wir werden uns demnächst auch hier hinstellen bei jedem Berichtsantrag, den die große Koalition hier stellt, und wir hatten schon etliche hier vorliegen, und sagen, warum haben Sie denn kein eigenes Konzept, warum stellen Sie denn so einen blöden Berichtsantrag! Sagen Sie doch lieber gleich, was Sie wollen! Also lassen wir doch diese Argumente!

Wir haben einen Antrag vorgelegt, der Senat möge sagen, was sein Gesamtkonzept ist, damit man das bewerten kann, Prioritäten entscheiden kann und, ich bleibe bei den Kosten, Herr Pflugradt, damit man keine Fehlentscheidung trifft, was die Kosten betrifft, über den Tunnel, wann ein solcher Tunnel kommen kann, ob er überhaupt sinnvoll ist. Das hängt genau davon ab, welche Verkehrsmengen künftig wo in die Stadt fließen. Dann kann man darüber reden, kann die Hochstraße weg, muss es einen Ersatz geben, oder geht es auch ohne Ersatz.

Das ist der Gedanke, der dahinter steht, und den meinen wir in der Tat ernst. Aber unser Ziel ist es, die Verkehrsdichte in der Innenstadt und durch die Innenstadt im motorisierten Individualverkehr möglichst zu verringern. Das ist das, was programmatisches Ziel der Grünen und auch unserer praktischen Politik ist, und das wissen Sie, das weiß die SPD, und in vielen Punkten ist die SPD da gar nicht weit weg von uns in dieser Frage.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Deshalb ist dieser Antrag kein Unsinn, sondern er wirft die richtigen Fragen auf, bittet den Senat, sie zu beantworten, damit wir dann vernünftige Entscheidungen treffen können. Gegen Vernunft in der Politik ist, meine ich, allemal nichts einzuwenden. Einzuwenden ist etwas gegen irrationale Entscheidungen, die Geld kosten. Den Weg gehen Sie leider zu oft!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht lassen Sie mich, bezogen auf das, was Herr Mützelburg, aber auch Herr Dr. Sieling angesprochen haben, zu der grundsätzlichen Frage der Philosophie etwas sagen! Ich denke, dass es Einvernehmen in diesem Haus gibt, dass wir unter dem Gesichtspunkt der Attraktivierung unserer Innenstadt, gerade unter diesem Gesichtspunkt, alles tun müssen, und, wenn Sie so wollen, allen Aspekten der Verkehrsvermeidung, einer City-Logistik, einer geschickten Führung, eines Verkehrsmanagements Rechnung tragen müssen, was nicht zuletzt auch beinhaltet, dass wir die Durchgangsverkehre, und Herr Sieling hat es angesprochen, auf die Peripherie legen und diese dafür leistungsfähig machen. Aber wir müssen auch dafür Sorge tragen, dass die Zielverkehre für die Einrichtungen, die wir in der Innenstadt haben, attraktiv sein müssen. Das ist ein vernünftiger Model-Split in den verschiedenen Dingen, und daran arbeiten wir.

Aber man kann nicht, Herr Mützelburg, sagen, dass man die Achse, die Sie angesprochen haben, Schwachhauser Heerstraße in Richtung Hochstraße, verkehrsberuhigen kann.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat auch keiner vorgeschlagen!)

Ich versuche, es einmal zu überspitzen, weil es illusionär wäre.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Status quo ist in Ordnung!)

Sie haben immer auf die Diskutanten in Schwachhausen hingewiesen. Ich weiß, dass da die Vorstellungen sind zu sagen, man möge das verkehrsberuhigen. Das wird man nicht können. Es gibt keine alternativen Achsen. Bei einer ganzen Reihe von Fragen, die Sie angesprochen haben, bin ich nun einigermmaßen überrascht, weil ich Ihre

langanhaltenden Diskussionen nicht verfolgt habe, aber meines Wissens hat es ein Verkehrskonzept genau für diesen Bereich gegeben. Das haben Sie in der Baudeputation ausreichend diskutiert. Das ist von 1997/98, die Baudeputation hat sich damit befasst. Fast alle Fragen, die Sie hier in Ihrem Papier aufgeworfen haben, sind, so ist mir von meinen Fachleuten gesagt worden, darin abgearbeitet worden.

Auch bei dem, was eben so im Schlagabtausch noch war, auch zur Frage der Schwachhauser Heerstraße beziehungsweise der Bahnunterführung, sind Sie doch nicht mehr im Zustand, dass Sie nicht wissen, was die Koalition und der Senat an dieser Stelle wollen. Ich meine, wenn Sie es gern noch einmal gesagt bekommen wollen, dann kann man Ihnen helfen, aber es ist Vereinbarung an dieser Stelle, dass der Concordia-Tunnel entsprechend dem ersten Teilstück, das bereits lange vor meiner Zeit realisiert worden ist, auch in seinem zweiten Abschnitt, nämlich in dem anderen Brückenteil, entsprechend dem ersten Brückenabschnitt angepasst werden soll.

Herr Dr. Sieling hat ja darauf hingewiesen, hier geht es eigentlich in stärkerem Maße nicht darum, die Zweispurigkeit für den Autoverkehr zu erhalten, die ja da ist auf jeder Seite, das ist das Ziel dieser Veranstaltung, sondern hier geht es auch darum, im Rahmen des Ausbaus der Linie vier diese auch bis an diese Stelle hin flüssig zu halten und sie nicht durch den Pkw-Verkehr zu behindern, also Zweispurigkeit auf jeder Seite für den Individualverkehr und eine eigene Trasse für den ÖPNV.

Den Erkenntnissen, die Sie vorgetragen haben, dass aus dem Amt für Straßen und Verkehr gesagt worden sei, die Verkehre werden weniger, will ich gern nachgehen. Bisher habe ich den Hinweis bekommen, dass nach den jetzigen Untersuchungen, die ja in diesem großen Bereich in Abarbeitung unseres Auftrags stehen, gesagt worden ist, man braucht diese Verbreiterung, um den Verkehrsfluss so weiterzumachen. Der Auskunft, die Sie hier vorgetragen haben, will ich noch einmal nachgehen, denn bisher ist es mir anders vorgetragen worden, nämlich dass diese Ausweitung des Tunnels dann auch notwendig ist, wenn man diese Verkehre flüssig abhandeln will.

Sie haben eine ganze Reihe von Punkten angesprochen, sie sind auch von meinen Vorrednern schon angesprochen worden, die zum Teil schon umgesetzt worden sind. Es ist das Verkehrskonzept Bürgerweide angesprochen, das ist, Herr Pflugradt, auch in dem damaligen Konzept mit abgearbeitet worden, die Erreichbarkeit von allen vier Seiten der Bürgerweide ist gegeben. Da

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

macht der Wirtschaftssenator jetzt den Versuch, die Verkehre auf der Fläche selbst so zu sortieren, dass Sie adäquat den Zielen entsprechend abgeleitet werden. Dies ist in Arbeit.

Was die Umgestaltung des Remberti-Kreisels angeht, den Sie auch angesprochen haben wie in diesem Zusammenhang langfristiges Voraussehen, wohin die Reise an bestimmten Projekten geht, wird man das so nicht machen können, weil, um beim Remberti-Kreisel zu bleiben, es hier davon abhängt, ob man einen Investor findet, der bereit ist, Geld in die Hand zu nehmen, um hier etwas Attraktives zu gestalten. Davon ist es abhängig. Erst wenn ich den habe, könnte ich eigentlich dezidiert sagen, so oder so muss es sein. Wenn ich den aber nicht habe, muss ich trotzdem, weil ich ja nicht handlungsunfähig sein will, ein Konzept haben, wie es im Augenblick auch bearbeitet wird, das wir Ihnen dann auch selbstverständlich in der Baudeputation vorstellen können, wo man es diskutieren kann.

Auch die Frage, die angesprochen worden ist mit dem Promotionpark! Es macht doch wenig Sinn im Augenblick, dies projekthaft zu bearbeiten. In der Gesamtkonzeption ist es, meine ich, Ihnen auch vorgetragen worden, in dem Verkehrskonzept Bürgerweide, Bahnhof Bremen mit abgearbeitet worden, wie man sich diese Dinge vorstellen kann.

Ich möchte Ihnen gern zusagen, dass wir zu den Fragen, die Sie hier haben, ja Gelegenheit nehmen können, uns in der Baudeputation damit auseinander setzen zu können. Es ist aber aus meiner Sicht nicht notwendig, und insofern bin ich Herrn Dr. Sieling und Herrn Pflugradt dankbar, jetzt noch einmal ein neues Konzept in Auftrag zu geben, weil die Fragen, die Sie angesprochen haben, im Wesentlichen abgearbeitet worden sind und mir die Fachleute sagen, die Planungsdaten, die Planungsgrundlagen und die Prognosedaten haben sich nicht so verändert, dass man jetzt noch einmal von vorn anfangen sollte.

Bestimmte Aspekte, die hier angesprochen worden sind und die für Sie ja offensichtlich auch im Mittelpunkt gestanden haben, nämlich die Gestaltung der Schwachhauser Heerstraße, Concordia-Tunnel, Am Dobben und auch Fortsetzung in die anderen Bereiche, sind in der Bearbeitung, und wir werden Gelegenheit nehmen, Ihnen dies ausführlich darzustellen und auch mit Ihnen zu diskutieren. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/63 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Bebauungsplan 2189 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Huchting zwischen Dovemoorstraße, Kleinbahn, Heinrich-Plett-Allee und Kirchhuchtinger Landstraße
Mitteilung des Senats vom 14. Dezember 1999
(Drucksache 15/75 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2189 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, möchte ich auf dem Besucherrang eine Gruppe ausländischer Studierender begrüßen, die sich in unserer Stadt aufhält. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

„Bremen - bürgerorientierte Kommune“

Mitteilung des Senats vom 21. Dezember 1999
(Drucksache 15/79 S)

Als Vertreter des Senats Frau Senatorin Adolf, ihr
beigeordnet Staatsrat Dr. Hoppensack.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Bremen - bürgerorientierte Kommune“, so ist die Überschrift einer Mitteilung des Senats vom 21. Dezember 1999. In einer bürgerorientierten Kommune beteiligen sich Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Initiativen und Organisationen mitverantwortlich an Planungs-, Entwicklungs- und Gestaltungsentscheidungen. Die dauerhafte eigen- und mitverantwortliche Übernahme von öffentlichen Aufgaben durch die Bürger wird angestrebt und gefördert. In bürgerorientierten Kommunen unterstützen Politik und Verwaltung das Engagement der Bürger durch die Zurverfügungstellung von Ressourcen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe. Soweit zum Leitbild der bürgerorientierten Kommune!

Um erfolgreiche Beispiele innovativer Zusammenarbeit zwischen kommunalen Akteuren zu ermitteln, schrieb die Bertelsmann-Stiftung gemeinsam mit dem Verein „Aktive Bürgerschaft“ den Wettbewerb „Bürgerorientierte Kommune - Wege zur Stärkung der Demokratie“ aus. 80 Gemeinden und Städte folgten dem Aufruf. Die Stadt Bremen erreichte dabei den zweiten Platz. In der Begründung der Jury heißt es: „Bremen zeichnet sich besonders durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Umfeld von Entscheidungen und die Übernahme öffentlicher Aufgaben aus. Bürgerschaftliches Engagement heißt in Bremen, dass viele Inseln der Aktivität entdeckt, reaktiviert oder neu geschaffen werden.“

Mit diesem erneuten Preis zeigt Bremen eine bemerkenswerte Kontinuität in der Präsentation der Umsetzung einer Neuorientierung von Verwaltungsreform. Vor kurzer Zeit konnte bereits ein Riesenerfolg mit Media@Komm erzielt werden. Wesentlich bei der Teilnahme an solchen Wettbewerben ist aber sicherlich nicht nur der Preis, sondern vor allem der Austausch mit anderen Kommunen, die Möglichkeit, den eigenen Weg zu reflektieren und von den Erfahrungen anderer zu profitieren. An dieser Stelle sollte unser Dank all den Mitarbeitern gelten, die so engagiert dafür eintreten, die Verwaltungsreform in Bremen mit all

ihren Facetten transparent zu gestalten und sich im Interesse Bremens an den verschiedenen Netzwerken zu beteiligen.

Neben dem Dialog mit den Fachleuten der Verwaltung anderer Kommunen steht für uns der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt im Vordergrund. Die SPD-Fraktion wird sich deshalb auch dafür einsetzen, dass die Verwaltungsreform in Bremen um die Zielsetzung Bürgerkommune erweitert wird. Bürgerorientierung ist eine Aufgabe, die dauerhaft ist und sich auch im Dialog zu entwickeln hat.

Nicht nur finanzielle Gründe haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, das Verhältnis der Kommune zu den Bürgerinnen und Bürgern neu zu definieren. Als Finanzpolitikerin kann ich mir nur wünschen, dass der Dialog auch und gerade dann gesucht wird, wenn es um Entscheidungen über den zukünftigen Leistungsumfang und das Leistungsangebot des Staates geht. Nur gemeinsam mit den Beteiligten kann es uns gelingen, die Verwaltung zu reformieren und unsere Haushaltsnotlage in den kommenden Jahren zu beseitigen. Bürgerinnen und Bürger müssen von der Politik die Unterstützung erfahren, die notwendig ist, um mit ihrem Engagement in allen gesellschaftlichen Bereichen die Demokratie lebendig zu gestalten. Auch wenn in Zeiten knapper Haushalte staatliche Aufgaben optimiert oder reduziert werden, darf bürgerschaftliches Engagement nach Auffassung der SPD-Fraktion dabei nicht als billiger Ersatz ausgenutzt werden.

Von der Verwaltung erwarten wir dabei, dass sie sich diesem Engagement öffnet und auch überkommene und verkrustete Strukturen überwindet. Hierzu möchte ich gern ein Beispiel nennen, was auch passieren kann, wenn sich Leute engagieren. Eines der Projekte, mit dem Bremen sich beworben hat, ist das Projekt „Spielräume schaffen“. In dem Zusammenhang wird immer gern die wirklich gut gelungene Umgestaltung des Schulhofes Fischerhuder Straße angeführt. In der Vorstellung der Projekte liest sich das folgendermaßen: „Gegen Tristesse auf dem Schulhof gingen Eltern, Kinder und der Verein ‚Bremer Hilfe zur Selbsthilfe‘ vor, indem sie das Schulhofgelände umgestalteten. Ein Gebäude wurde in ein tropisches Aquarium und einen Dschungel verwandelt. Der Schulhof wurde entsiegelt, und ein grüner, bewachsener Erdhügel mit einer handgeschichteten Mauer entstand. Die Bäume spendete der Bürgerparkverein, Sand und Erde eine Baufirma, der Förderfonds stellte 5000 DM zur Verfügung, und als Arbeitskräfte wurden ehemalige Drogenabhän-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

gige in Betreuung des Vereins ‚Bremer Hilfe zur Selbsthilfe‘ tätig.“

(Beifall bei der SPD)

Aber dieses so viel gelobte Projekt wäre beinahe an einem leitenden Behördenmitarbeiter gescheitert. Nachdem der neugegründete Schulverein - ich spreche da aus Erfahrung, den habe ich selbst gegründet - die erforderlichen Mittel über Spenden, durch die Erlöse eines Schulfestes und durch Unterstützung der Bildungsbehörde zusammen hatte, um im Sockelbereich der Schule Fassadenschmierereien zu beseitigen und durch von den Kindern klassenweise gestaltete Motive zu ersetzen, sollte dies im Rahmen einer Projektwoche auch erfolgen. Pünktlich zu Beginn der Aktion, am Montagvormittag, traf dann ein Fax der Baubehörde ein, die dieses vom Bildungsressort genehmigte und geförderte Vorhaben untersagte. Das sorgte für Irritation, wir haben uns aber trotzdem entschieden, die Aktion nicht abzubrechen.

Die Neugestaltung wurde ein Erfolg, Fernsehen und Presse berichteten überregional, und die Baubehörde hat sich in dieser Angelegenheit nicht wieder gemeldet. Heute gibt es die Motive der Fassaden als Postkarten im Rahmen des vom Wirtschaftssenator geförderten Aktionsprogramms „Wir für Gröpelingen“, und die unsäglichen Fassadenschmierereien an den Gebäuden haben ein Ende gefunden. Aus der Motivation durch diese Aktion heraus ist dann die gesamte Umgestaltung des Schulhofes zu einem attraktiven öffentlichen Spielplatz erfolgt. Eines der Projekte, mit denen wir bei dieser bürgerorientierten Kommune die Erfolge erzielt haben!

Bremen hat sich bei diesem Wettbewerb mit verschiedenen Projektbereichen vorgestellt, die insgesamt auch die vielschichtige Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern in dieser Stadt abbilden. Neben dem Projekt „Spielräume schaffen“ finden sich im Projektbereich „Wir entwickeln unsere Stadt“, „Stadtentwicklung im Dialog“, „Wohnen in Nachbarschaften“ und die Aktion „Saubere Stadt“. Außerdem gibt es die Projektbereiche „Agenda 21“ und „Jugend mischt sich ein“, in denen dargestellt wird, wie insbesondere Kinder und Jugendliche beteiligt werden, beispielhaft sei hier der Sportgarten genannt. Es gibt auch einen Projektbereich, der die eigentliche Verwaltungsreform zum Ziel hat, nämlich „Gemeinsam gestalten“. Hier wird beschrieben, wie durch den Ausbau eines Ideen- und Beschwerdemanagements die öffentliche Verwaltung bürgernäher und bürgeroffener gestaltet werden soll und sich für Anregungen, Ideen und Kritik aus der Bevölkerung öffnet.

Ziel aller Bemühungen um eine Bürgerorientierung der Kommune muss unserer Meinung nach eine Fortentwicklung der Kommunikationskultur zwischen Bevölkerung und Behörden sein. Eine Selbstverständlichkeit sollte dabei auch die Nutzung neuer Technologien sein. Im Rahmen aller Bemühungen um die Einführung betriebswirtschaftlicher Managementmethoden und die Umsetzung des neuen Steuerungsmodells darf dieses Ziel auch nicht in den Hintergrund treten. Die Verbesserung der Interaktion zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern ist ein wesentliches Element einer auf Dauer erfolgreichen Verwaltungsreform.

Mit bremen.de werden die Möglichkeiten, die sich durch die Anwendung der Informations- und Kommunikationstechniken ergeben, in einem dynamischen Prozess konsequent weiterentwickelt. Erst in der vergangenen Woche wurden die bremen.de-Seiten im World Wide Web von einer großen Computerzeitschrift als bürgerfreundlichste kommunale Seiten bewertet. Hier finden sich zunehmend nicht nur Informationen aus den Behörden, sondern auch alle Initiativen, Organisationen und Vereine erhalten hier die Möglichkeit, sich und ihr Angebot in einer benutzerfreundlichen, vereinheitlichten Darstellung im Internet zu präsentieren. Auch eigene Links und E-Mail-Adressen können angegeben werden. Die Möglichkeit, stadtteilbezogene Informationen abzufragen, erleichtert die Orientierung der Nutzer vor Ort.

Das Onlineangebot der Verwaltung wurde kontinuierlich verbessert. Mittlerweile können mehr als 50 verschiedene Formulare direkt vom heimischen PC ausgedruckt werden. Auch die Zahl der Möglichkeiten zur echten Onlinebearbeitung von Formularen wächst ständig. Aktuelle Pressemitteilungen aus Verwaltung und Politik, der tägliche Veranstaltungskalender und Diskussionsforen für Bürgerinnen und Bürger sind schon lange eine Selbstverständlichkeit. Dies alles wäre ohne das große Engagement der beteiligten Mitarbeiter und den entschiedenen Willen, die Verwaltung für die Bürger zu reformieren, nicht möglich gewesen.

Mit der Einführung neuer Steuerungsmodelle und der Weiterentwicklung zum Produktgruppenhaushalt sind entscheidende Schritte zum Umbau der Verwaltung im Rahmen der Haushaltskonsolidierung gemacht worden. Bei allen weiteren Schritten der Verwaltungsreform wird es nun verstärkt darum gehen müssen, von der Binnenorientierung zur Bürgerorientierung zu kommen. Dabei wird sich nicht nur Verwaltung, sondern auch Politik ändern müssen, die vermehrt die Rolle des Moderators wahrnehmen muss, um ein aktives Engage-

gement der Bürgerinnen und Bürger für unsere Stadt zu fördern und zu unterstützen.

Mit der erfolgreichen Teilnahme am Wettbewerb „Bürgerorientierte Kommune“ ist Bremen dabei auf dem richtigen Weg. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion begrüßt ausdrücklich die Entscheidung des Senats, sich am Netzwerk Civitas der Bertelsmann-Stiftung und dem Verein „Aktive Bürgerschaft“ zu beteiligen. Dabei sollen die begonnenen Projekte fortgeführt, begleitet und weiterentwickelt werden. Allen beteiligten Vertreterinnen und Vertretern an diesem Netzwerk wünschen wir, dass es Ihnen gelingt, dort gewonnene Erkenntnisse zügig für noch mehr bürgerschaftliches Engagement in Bremen umsetzen zu können.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Herderhorst.

Abg. **Herderhorst (CDU)**¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hinter dem Thema „Bremen - bürgerorientierte Kommune“ verbergen sich meines Erachtens zwei Themen. Das eine Thema lautet schlicht und ergreifend „Verwaltungsreform des bremischen öffentlichen Dienstes“ und das andere „Ausbau der Bürgerbeteiligung und bürgerschaftliches Engagement in den Kommunen“. Beide Themen sind aktuell und in Bremen seit langer Zeit umfassend diskutiert und zu einem großen Teil auch realisiert. Beide Themen spiegeln sich auch in den Koalitionsvereinbarungen der großen Koalition von 1995 bis 1999 sowie von 1999 bis 2003 wider. Die vorliegende Mitteilung des Senats „Bremen - bürgerorientierte Kommune“ sagt zu beiden genannten Themen etwas aus, insbesondere vor dem Hintergrund der Ausschreibung der Bertelsmann-Stiftung unter dem Titel „Bürgerorientierte Kommune - Wege zur Stärkung der Demokratie“.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich mit meinem Beitrag wesentlich auf den Teil der Verwaltungsreform beschränken, weil der andere Thementeil von meinem Kollegen Oppermann debattiert werden wird. Verwaltungsreform kann von Politik im Prinzip nur begleitet und mit Vorgaben versehen werden. Alles andere, von der Einbeziehung der Beschäftigten bis zur Weiterentwicklung und Realisierung der Reform, muss von der Exekutive selbst kommen. Demgegenüber muss die Politik vielfältige Überlegungen und Maßnahmen zur Frage der Bürgerbeteiligung und des Bürgerengagements vornehmen, um Möglichkeiten, aber auch unter Umständen

Grenzen aufzuzeigen, die den Rahmen für Beteiligung und Engagement von Bürgern im politischen Alltag abstecken.

Diese große Koalition hatte bereits mit der Koalitionsvereinbarung von 1995 eine Vielzahl von Reformvorhaben zur Umorganisation, Rationalisierung und Effektivitätssteigerung für die bremische Verwaltung festgeschrieben nach dem Motto: mit weniger Personal optimale Leistungen gewährleisten. Dabei war neue Technik ein ganz erheblich unterstützender Faktor. Diesen Vorgaben ist bis heute konsequent gefolgt worden. Die Erfolge dieser Reform zeigen sich an vielen Stellen in und durch die Verwaltung.

Die bundesweit erkannten, für Verwaltungsreform wichtigen Grundsätze wie neues Steuerungsmodell, Budgetierung, dezentrale Ressourcenverantwortung, Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung, Kundenorientierung und vieles andere haben nicht nur Eingang in Bremens Verwaltungsreform gefunden, sondern wir befinden uns in großen Teilen in der Realisierungsphase oder konnten sie abschließen. Dabei kommt es auch immer einmal zu neuen oder anderen Erkenntnissen über die Praktikabilität von Verwaltungsreformgrundsätzen oder -ansätzen. Aber auch da zeigt sich, wie innovativ und flexibel Verwaltung sein kann und neue Wege sucht und findet, um Reform auch praktikabel und zielorientiert zu gestalten.

An dieser Stelle möchte ich im Namen meiner Fraktion allen Beschäftigten und insbesondere den Autoren der bremischen Verwaltungsreform dank sagen für ihren engagierten Beitrag zur Verwirklichung des Reformprozesses.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, darüber hinaus wurden das öffentliche Dienstrecht, das Haushaltsrecht und vielerlei Richtlinien und Erlasse an die Grundsätze von Verwaltungsreform angepasst. Rationalisierungsmaßnahmen in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes begleiteten die Reform. Dabei, und das sollte auch offen angesprochen werden, widersprechen sich Reform- und Sanierungsziele unter Umständen zunächst einmal. Wer aber das Resultat der Bemühungen aller Ressorts, das eine wie das andere sicherzustellen, betrachtet, kann nur zu dem Ergebnis kommen, die Reform hat zu vielfältigen Verbesserungen der bestehenden Strukturen, Arbeitsabläufe, Optimierung der Bürgerorientierung, zur Vereinfachung und Transparenz geführt und andererseits das Personal auf einen Standard zurückgeführt, der bundesweit gerade unter dem Gesichtspunkt des Sanierungslandes Bremen als akzeptabel anzusehen ist und sozialverträglich gestaltet wurde.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Die Zielsetzungen der Koalitionsvereinbarung 1999 bis 2003 bilden die kontinuierliche Fortsetzung der Reformbestrebungen Bremens, wenn es da heißt: „Richtige Instrumente im Reformprozess sind insbesondere die flächendeckende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung, Einführung des Produktgruppenhaushalts ab 2000.“ Dabei sind wir gerade. „Als wichtiges und politisches parlamentarisches Steuerungselement ist Controlling auf Grundlage des Produktgruppenhaushalts Zuwendungscontrolling und Fortsetzung der Flexibilisierung, Dezentralisierung der Budgetierung.“

Meine Damen und Herren, all das sind zum Teil Dinge, die realisiert worden sind oder sich im Reformprozess befinden. Wir werden also mit Abschluss dieser Legislaturperiode eine Verwaltung vorfinden, die all den neuen Anforderungen an sich gerecht wird.

Es wäre nicht zumutbar, wenn ich Ihnen und der Öffentlichkeit jetzt im Detail darstellen würde, welche zum Teil erheblichen Reformschritte seit 1995 erzielt worden sind. Aber gerade die Bürger werden sicherlich festgestellt haben, dass sich im öffentlichen Dienst in Bremen, und damit meine ich in Bremen und Bremerhaven, Erhebliches auf dem Gebiet der Modernisierung des öffentlichen Dienstes getan hat. Wer sich einmal die Mühe macht, die Koalitionsvereinbarungen 1995, 1999 nach einzelnen Zielen durchzuarbeiten, und dann mit den Ergebnissen vergleicht, der wird zu der Erkenntnis kommen: Die Zielsetzungen sind fast alle erreicht worden. Dabei, und das muss man in diesem Zusammenhang berücksichtigen, brauchen allein aufgrund der Beteiligungsnotwendigkeiten von Beschäftigten, Personalvertretungen und auch der damaligen Deputation für Verwaltungsreform und Öffentlicher Dienst die Umsetzungen der Ziele ihre Zeit.

Gleichwohl bewegt sich Bremen bundesweit mit an der Spitze der Bewegungen, das ist äußerst erfreulich, wobei das Land Bremen im Rahmen der Verwaltungsreform gegenüber Flächenländern sicherlich den Vorteil genießt, sich auf die inhaltliche Gestaltung der Reform konzentrieren zu können, während Flächenländer im großen Maße mit Gebiets- und demgemäß mit Hierarchiereformen zu kämpfen haben.

Meine Damen und Herren, ich glaube, man kann objektiv feststellen, die öffentliche Verwaltung in Bremen schreitet in ihrer Formreform permanent zielorientiert voran. In der fünfzehnten Wahlperiode begleitet der Haushalts- und Finanzausschuss die Verwaltungsreform, nach Auflösung der SKP und nicht wieder eingesetzter Deputation für Verwaltungsreform und Öffentlicher Dienst eine

zwangsläufige Konsequenz. Der Reformprozess muss auch weiterhin zentral und parlamentarisch begleitet werden, um unter Umständen auch ressortübergreifende Fragen beeinflussen zu können, wenn es um die Verwaltungsreform geht.

Meine Damen und Herren, nicht unerwähnt lassen will ich in diesem Zusammenhang, dass auch das Verwaltungsreformabkommen von 1997 Wirkung gezeigt hat und sich die Reformprozesse im Geiste dieses Abkommens vollziehen. Gewerkschaften, Personalräte und Beschäftigte sind auf der Basis dieses Abkommens vorangeschritten und haben die Reform vorangetrieben. Ich will es mir jetzt ersparen, hier auch aus diesem Reformabkommen Einzelheiten zu schildern.

Ich will zum Abschluss noch auf einen Punkt hinweisen: Wir haben uns bereits vor kurzem in diesem Hause mit Ortsämtern und Bürgerämtern beschäftigt, einem Thema, das sich voll unterordnet unter Verwaltungsreform, Bürgerorientierung beziehungsweise Bürgerservice. Die Initiative des Innenressorts in der letzten Legislatur war, wie ich meine, ein begrüßenswerter und echter Beitrag zur Verwaltungsreform. Das sollte es auch bleiben. Deshalb bitte ich den Senat, die Koalitionsvereinbarung 1999 bis 2003 umzusetzen und Ortsämter zu Bürgerämtern weiterzuentwickeln, und, deshalb spreche ich das an, es reicht nicht, wenn kundenorientierte Dienstleistungen aus dem Ressort für Inneres und zum Teil aus dem Ressort für Soziales in diesen bisherigen Modellämtern angeboten werden, sondern die Angebotspalette an Dienstleistungen für die Bürger muss erheblich ausgebaut beziehungsweise erweitert werden. Dazu ist es erforderlich, dass alle Ressorts sich personell beteiligen. Nur so werden wir einen bürgerfreundlichen, kundenorientierten Rundum-Service vor Ort analog anderer Städte mit ihren Bürgerämtern erreichen wie zum Beispiel in der Stadt Hagen.

Insgesamt, meine Damen und Herren, bin ich sicher, dass wir unserem Grundgedanken nach moderner bürger- und kundenorientierter Verwaltung sowie leistungsstarker Verwaltung gerecht werden.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Güldner.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bitte entschuldigen Sie zunächst meine jahreszeitlich be-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

dingt belegte Stimme, aber ich hoffe, ich bin auch trotzdem verständlich!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Keine Details!)

Wenn das Detail Sie schon überfordert - -! Lassen wir es dabei!

Bremen - Bürgerstadt, so die Vorlage des Senats, die wir heute hier debattieren! Wobei die große Koalition uns ja das Rätsel aufgegeben hat, auch durch die Auswahl der Sprecher hier, was nun eigentlich der Schwerpunkt genau ist. Herr Herderhorst hat zu Recht, wie ich finde, hier angemerkt, dass eine ganze Reihe von Dingen wie Verwaltungsreform, Bürgerorientierung, auch aus dem Bereich Soziales, Sie haben aus dem Bereich Finanzen mehr gesprochen, hier in einer Vorlage gemixt wird. Wir tun wahrscheinlich ganz gut daran, wenn wir im Einzelnen sehen, ob das, was Sie gerade alles verkündet haben und was der Senat uns hier verkündet, auch mit der Realität der Bürger in dieser Stadt wirklich übereinstimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bremen - Bürgerstadt erinnert ja eigentlich nur daran, wofür Regierung und Verwaltung in dieser Stadt sowieso zuständig sind, nämlich die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt zu gestalten und zu verbessern. Dafür haben die Bürger nämlich den Auftrag durch die Wahl gegeben, und durch ihre Steuern haben sie zur Finanzierung dieses Auftrags beigetragen, insofern ist das eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte aber ausdrücklich betonen, dass es begrüßenswert ist, dass der Senat diesen so zentralen Punkt auf diese Art und Weise derartig in den Vordergrund seiner Bemühungen stellt. Ich kann nur für unsere Fraktion begrüßen, dass Sie das hier so tun.

(Präsident Weber übernimmt den Vorsitz.)

Es ist an der Zeit, gerade an dem Punkt Verwaltungsreform, dass endlich die Phase eingeläutet wird. Der Senat sagt ja durch dieses Papier, dass er diese Phase einläuten will, dass durch Verwaltungsreform auch tatsächlich bei den Bürgerinnen und Bürgern etwas ankommt, dass Bürgerinnen und Bürger tatsächlich von Verwaltungsreformen auch profitieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das, haben Sie zwar jetzt behauptet, wäre in den letzten Jahren, seit diese Bemühungen begonnen haben, sowieso schon der Fall gewesen, aber da können Sie eigentlich nicht so richtig auf Erfah-

rungen aus dieser Stadt zurückgegriffen haben, denn wenn Sie mit Leuten reden, dann bestätigen sie Ihnen, dass sie das meist noch im Alltag anders erleben.

Die Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt fragen sich zu Recht, wenn der Senat, wenn die Bürgerschaft über Verwaltungsreformen diskutieren: Was haben wir eigentlich davon? Was haben wir von all diesen internen Dingen wie Umstellung der Finanzierung, Budgetierung, neues Steuermodell? Wann kommt endlich etwas an Erleichterung des Alltagslebens auch bei uns, bei den Bürgerinnen und Bürgern draußen, an?

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat mit denen doch gar nichts zu tun!)

Die Kolleginnen und Kollegen hier im Hause sind ja nicht nur Bürgerschaftsabgeordnete, sondern sind ja auch Privatmenschen, das heißt, sie ziehen einmal um, wollen sich umbilden, haben sonstige Angelegenheiten auf unseren Behörden zu erledigen. Da wundert mich sehr, wie Sie hier zwar einerseits die Vorlage des Senats schon relativ textnah vortragen und andererseits Ihre eigenen Erfahrungen, die Sie ja auch machen müssen, weil wir und viele Menschen, die wir kennen, sie auch im Alltag machen, in keiner Weise dort einbeziehen.

Es hat sich im Grunde in keinem Bereich, ob Sie nun Führerscheine im Kfz-Bereich, ob Sie nun den Bereich der Sozialhilfe oder den der Meldeämter nehmen, bisher wirklich für die Bürgerinnen und Bürger etwas Wesentliches verändert.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dieser Ankündigung, die Bürgerinnen und Bürger nun in das Zentrum der Verwaltungsreform zu stellen, unternimmt der Senat im Grunde etwas, was Sie als Kontinuität beschrieben haben in Ihren Vorreden. Was er aber unternimmt, ist eigentlich eine Kurskorrektur. An dieser Stelle hätte man darüber reden müssen, ob eine reine binnenorientierte Verwaltungsreform, durch die sich Verwaltung noch mehr als sowieso schon mit sich selbst beschäftigt, eigentlich das größte Problem war, das eine Reform im Grunde genommen zwingend nötig gemacht hat, also sich noch mehr als bisher mit sich selbst beschäftigt, diese Kurskorrektur einzuleiten und endlich die Bürgerinnen und Bürger in das Zentrum der Debatte zu stellen.

Aber schauen wir uns einmal die Realität in den verschiedenen Bereichen an! Es ist zwar so, dass Sie beschlossen haben, diesen Bereich neben anderen in Ihr Marketing-Konzept außerhalb Bremens einzubeziehen, und damit auch relativ

große Erfolge errungen haben, aber was passiert eigentlich hinter den Schlagworten wie Bürgerorientierung, Einbeziehung, Beteiligung und hinter den einfachen Satzungen und Behauptungen, die Sie heute auch wieder in dieser Debatte genannt haben und die auch in dem Papier des Senats aufgestellt werden?

Im Rahmen der Bürgeramtsdiskussion, Herr Herderhorst hat sie auch angesprochen, ist zum Beispiel geplant, im Siemens-Hochhaus eine zentrale Anlaufstelle, so eine Art zentrales Bürgeramt, einzurichten. Der Innensenator hat an anderer Stelle verkündet, dort könnten die Leute hinkommen, dort würden ihre Angelegenheiten zwar nicht allesamt erledigt, sie würden dann aber an die zuständigen Stellen weiterverwiesen. Das, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, kennen die Leute schon ganz lange, dass sie irgendwo hinkommen und dann weiter verwiesen werden an eine andere Stelle. Das ist nichts Neues! Davon haben die Leute im Prinzip schon genug!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber es ist gut, dass sie darüber reden können!)

Dieses Prinzip, das im Hintergrund dieser ganzen Geschichte steht, nämlich dieses Bürgeramtsprinzip Frontdesk Backoffice, also an einer Stelle all diese Dinge erledigen zu können, sieht ja gerade nicht vor, dass Verwaltung den Bürger laufen lässt, sondern dass der Bürger zu einer Stelle kommt und Verwaltung sich dann mit Hilfe moderner Technik bewegt und die Dinge für den Bürger erledigt und nicht, dass wir den Bürger von einer Stelle zu anderen schicken!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern hinken wir auch hier weit hinter unseren Vorstellungen zurück. Auch bei den drei Modellbürgerämtern in Bremen-Nord und Horn, wenn Sie sich die Antwort auf die Kleine Anfrage der Grünen zu diesem Thema einmal anschauen, die ja vorliegt, ist das Wesentliche, das Auffällige, dass gerade die Dinge, auf die es ankäme, zusätzlich zum Melde- und Passwesen dort einzubeziehen, nicht in das Bürgeramt einbezogen worden sind. Sie können dort keine Bauanträge, keine Kfz-Angelegenheiten, keine Führerscheingenangelegenheiten erledigen. Also alle wesentlichen Dinge, die eigentlich ein Bürgeramt über ein normales Meldeamt hinaus qualifizieren würden, können Sie selbst gerade in diesen als Modell vorgestellten Bürgerämtern nicht machen. Auch diese Realität müssten Sie hier eigentlich einmal ansprechen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann zum Verhältnis des Innenressorts und des Sozialressorts! Wieso ist es bisher trotz Lenkungsgruppe, Steuerungsgruppe immer noch nicht gelungen, die dezentralen Ämter der beiden Ressorts Inneres und Soziales so weit zu verschränken, dass wenigstens ein Mini-Bürgeramt vor Ort mit den sozialen und inneren Angelegenheiten dabei herauskommt? Der Innensenator, das nur als letztes Beispiel, hat angekündigt, dass die für viele wiederum umständliche und lästige Vermieterbescheinigung beim Wohnungswechsel in Zukunft wegfallen wird. Auch hier ist es bei der Ankündigung geblieben. Bisher wird sie immer noch gebraucht, und es gibt auch noch keine konkrete Vorlage, weder hier noch in der Innendeputation, die endlich einmal auch dann den Worten Taten folgen lassen würde.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Senat hat seine eigene Politik schon sehr realistisch eingeschätzt, als er in seiner Vorlage vor sich selbst warnt, „die Bürgerinnen und Bürger nur als Lückenbüsser überall dort einzusetzen, wo Verwaltung und Politik es für geboten hält“.

Der Mix aus klammen Kassen und dem eher vor-demokratischen Politikstil vor allen Dingen des Bürgermeisters birgt ja gerade die Gefahr, dass die Bürger in Zukunft zwar mehr für den Staat tun müssen, dass aber die Frage, die klassische, die Sie ja auch kennen, umgekehrt nicht gestellt wird. Der Staat fragt also heute: Bürger, was kannst du für mich tun? Er fragt aber nicht: Was kann ich mehr als vorher für die Bürger tun?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In diesem Punkt, obwohl man Ihnen zugestehen muss, dass es eine hohe Aufmerksamkeit gerade durch die Preise, durch die Wettbewerbe gibt, sieht es noch relativ klamm aus.

Nun etwas zu diesen Preisen! Ich kenne, glaube ich, fast alle der Projekte, die bei der Bertelsmann-Stiftung eingereicht worden sind. Es sind fast alles hervorragende Projekte, die auch zu Recht unter diesem Titel Bürgerkommune stehen. Es sind eigentlich in allen Fällen, wenn man sich das genau ansieht, Einzelpersonen, fast hätte ich Einzelkämpfer gesagt, in der Verwaltung oder außerhalb der Verwaltung, die die dort aufgestellten Projekte über Jahre verfolgt haben. Ich bin mir gar nicht so sicher, ob es angemessen ist, dass der Senat und die große Koalition sich diesen Preis, der eigentlich diesen Bürgern zugetan ist, die sich so engagiert haben, so anzieht wie hier in dieser Vorlage.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eine kleine Randbemerkung ist sicherlich auch noch nötig zum Agenda-21-Prozess, weil das auch im Zentrum der Frage Bürgerbeteiligung steht. Dort in diesem so genannten Agenda-21-Prozess ist, sagen wir einmal, die Grundrichtung vorgegeben. Man sagt, ihr Bürger röhelt in die eine Richtung, wir, Senat, entscheiden in die andere, und hinterher haben wir uns alle sehr lieb! Das funktioniert nicht, wie man sieht! Der Agenda-21-Prozess ist klinisch tot, und alle, die daran beteiligt waren, merken ganz deutlich, dass, da ja Enttäuschung gerade die Differenz zwischen Erwartung und Realität ist, die Erwartungen dort sehr hoch gestellt worden sind und dass dadurch der Schaden, der jetzt eingetreten ist, für mehr Bürgerengagement größer ist als das, was dort in diesem Prozess erreicht worden ist.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist gerade den engagierten Bürgerinnen und Bürgern, von denen hier immer die Rede ist, nicht entgangen, dass der Bürgermeister dieser Stadt sich aus diesem Agenda-21-Prozess praktisch mit Schlag der Bürgerschaftswahl 1999 zurückgezogen hat und dort in diesem gesamten Prozess nie wieder gesehen worden ist. Das ist den Beteiligten an diesem Prozess gerade überhaupt nicht entgangen.

(Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen]: Hast du ihn hier schon einmal gesehen?)

Als neuer Abgeordneter weiß ich gar nicht, wie er aussieht, von daher warte ich immer noch darauf, ihn hier auch einmal zu sehen.

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Wie albern!)

Wir sehen also, dass die Bürger in dieser Stadt zu Recht die Defizite, was die Bürgerkommune angeht, nicht bei sich selbst sehen, sondern bei dem Einlösen der Versprechungen und der Wechsel der großen Koalition, auf die sie ihren sehr beträchtlichen Wahlerfolg in der letzten Bürgerschaft gebaut hat. Diese Versprechungen und diese Wechsel endlich durch Taten einzulösen, endlich aus den immer neuen Begriffen und aus den Ankündigungen Realitäten werden zu lassen, die den Menschen in ihrem Alltag begegnen, wenn sie zu Behörden gehen oder wenn sie sich in dieser Stadt engagieren wollen, endlich zu befördern, diesen Wechsel endlich einzulösen, fordere ich Sie auf! Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger würden es Ihnen auch danken, wenn Sie das endlich täten. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Dr. Güldner, ich will Ihre Verwirrung über die Aufteilung der Redner ein bisschen lösen. Wissen Sie, nach unserer Meinung kann eine Kommune ohne eine soziale Komponente weder bürgernah noch bürgerorientiert, noch liebenswert sein.

(Beifall bei der CDU)

Eine bürgerorientierte Kommune muss mit ihren neuen Ansätzen weit über neue Steuerungsmodelle in der Verwaltung hinausgehen, wenn sie sich dem Bürger öffnen möchte. In der Ausschreibung der Bertelsmann-Stiftung heißt es, ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten: „Die Demokratie lebt von der aktiven Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger. Darum kommt es darauf an, bürgerschaftliches Engagement und örtliche Verantwortungsgemeinschaften von Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu fördern.“

Dies ist das oberste Leitbild der Ausschreibung. Zu den verwaltungstechnischen Vorgängen, die auch schon teilweise in der Ampel angeleiert worden sind - ich war da noch nicht Abgeordneter, ich kann da nicht so genau mitreden -, hat mein Kollege Herderhorst schon viele Dinge vorgetragen, auch in welcher Weise wir uns das vorstellen, sie zu verändern und wie sie künftig aussehen sollen. Heute in der Fragestunde hatte ich ein Beispiel, da war die Verwaltung noch nicht auf dem neuesten Stand. Wenn man in einem Industriegebiet vor einem Betrieb ein absolutes Halteverbot erlässt und mit dem Betrieb keinen Kontakt aufnimmt, finde ich es nicht bürgerfreundlich. Das ist ein Negativbeispiel gewesen, aber auch Verwaltung kann und muss noch lernen.

Mit dem dritten Kriterium, der unterstützenden Infrastruktur oder der Hilfe zur Selbsthilfe, möchte ich mich im Folgenden befassen. Hier heißt es in der Ausschreibung, ich zitiere erneut: „In bürgerorientierten Kommunen unterstützen Politik und Verwaltung das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für die Angelegenheiten ihres örtlichen Lebenskreises durch Bereitstellung von Ressourcen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe.“

Meine Damen und Herren, eine klare Forderung nach Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips! Warum soll die Kommune etwas machen, was Bürgerinnen und Bürger vor Ort selbst gestalten können, als Betroffene in der Regel für sich persönlich besser und meist auch bei geringeren Kosten. Kosten sind sicherlich heute auch immer ein Argument, dem man folgen muss.

Als Erläuterung zu diesem Kriterium wird eine Reihe von Fragen nach der Art der Unterstützung und der Arbeit der Bürgergruppen gestellt. Diese Fragen hat Bremen in der zweiten Anforderungsrunde dieser Bewerbung erläutert. Dabei kam, wie ich finde, eine erstaunliche vorzeigbare Vielfalt von bürgerlichem Engagement zum Vorschein.

(Beifall bei der CDU)

Die Aktionen „Spielräume schaffen“, „Saubere Stadt“, „Lebendiges Bremen“ und das Spendenparlament seien hier stellvertretend genannt. Über Spielräume haben wir eben im Beitrag meiner Kollegin schon etwas gehört. Ich will da nur sagen, da werden auch gefährliche Brennpunkte entschärft und den Kindern zurückgegeben und das mit relativ wenig Geld, weil Betroffene, weil Eltern und Nachbarschaften für ihre Kinder und ihre Nachbarkinder Initiative ergreifen, angeleitet werden von Verwaltungsmitarbeitern, um so den Straßenraum oder Spielräume für die Kinder neu zu eröffnen.

Ich kann eigentlich nur diejenigen, die sich um Pferde- und Erlebnisfarmen, Draußenkindergärten und andere Einrichtungen bewerben, bitten, sich diesen Kreisen von „Spielräume schaffen“ anzuschließen und von deren Erfahrungen, wie man Dinge durchsetzt, zu lernen, um auch kostengünstig diese Träume, die sie haben, die auch nicht immer sofort in Erfüllung gehen können, umsetzen zu können.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber Rennbahnen sind damit nicht gemeint?)

Ich war in meinem Leben noch nie auf einer Rennbahn, und ich habe hier auch nicht für eine Rennbahn gesprochen!

Viele Menschen dieser Stadt haben erkannt, dass die Sauberkeit und das Aussehen ihrer Stadt auch ihre eigene Sache sind und nicht nur Sache von organisierten Fegekolonnen. Im Rahmen von Sachkosten wird jeder Bürger unterstützt, der selbst zum Besen oder zur Schaufel greift, um das Erscheinungsbild seiner Stadt in seiner Nachbarschaft allein oder mit Nachbarn zu verschönern. Er hat doch schließlich auch selbst Nutzen davon, wenn seine Nachbarschaft ansehnlicher ist. Wenn dann Besuch kommt, wird er nicht dumm angesprochen, warum das hier so hässlich aussieht, sondern warum dort vorn so schöne Blumen stehen.

In dem Programm zur Wohnumfeldverbesserung und dem Projekt WiN, Wohnen in Nachbarschaften, ist eine umfassende Bewohnerbeteiligung mittlerweile eine Selbstverständlichkeit geworden.

Ein Schritt mehr in Richtung bürgerorientierte Kommune! Hier planen Bewohner mit Eigentümern, Ämtern, sozialpolitischen Gremien und der Kulturszene gemeinsam, nicht aneinander vorbei. Hier geht es nicht nur um Äußerlichkeiten im Stadtbild, so entstanden hier auch Mütterzentren, Nachbarschafts- und Bewohnertreffs. Viel Geld ist es nicht, das wir hier zur Verfügung stellen, und das Geld, das dort zur Verfügung gestellt wird, meine Damen und Herren, müssen wir alle auch noch gemeinsam verteidigen.

Meine Damen und Herren, Selbsthilfeförderung ist in Bremen seit 1988 zu einer Selbstverständlichkeit geworden, auch weil hier durch die Prinzipien Subsidiarität und Solidarität mit relativ knappen Mitteln viel für Betroffene erreicht wird. Jeder von uns, Kolleginnen und Kollegen, der in die untere Rathauhalle geht, in die Darstellung der Selbsthilfegruppen, ist doch jedes Mal wieder neu erstaunt, welche Gruppen es gibt, welche Probleme gewisse betroffene Gruppen haben, wie sie sie lösen, wie problemorientiert sie darangehen und erstaunlicherweise mit welch geringen Mitteln diese Probleme gelöst werden können.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Aber viel Engagement! - Beifall bei der CDU)

Mit sehr viel Engagement, natürlich!

Nicht nur die Erwachsenen in dieser Stadt haben die Chancen, die sich in einer bürgerorientierten Kommune bieten, erkannt. Im Bereich der Jugendlichen und der Jugendpolitik gibt es hervorragende Beispiele dafür. Das Projekt „Sportgarten“ möchte ich hier nennen. Mit finanzieller Unterstützung, aber weitgehend eigenständiger Planung ist hier eine Anlage entstanden, die um den Zuspruch der Jugend nicht zu bangen braucht. Ich glaube, darauf kommt es an. Hier ist etwas geplant worden von Jugendlichen mit Jugendlichen, und da brauchen wir uns keine Sorgen zu machen, ob das irgendwann später als Ruine in der Landschaft herumsteht.

(Beifall bei der CDU)

Hier wird doch deutlich, dass solche Beispiele Mut machen. Ich erinnere nur, in Kattenturm wird eine ähnlich konzipierte Anlage auch von Betroffenen geplant und umgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, die Stadtgemeinde Bremen hat sich wegen der angespannten Haushaltslage aus vielen Aufgabenbereichen zurückgezogen. Damit sind Räume unbesetzt, die mit Gemeinsinn von Bürgern besetzt werden können, und zwar nach Meinung der Christdemokraten nicht als Lückenbüßer oder Pausenc clown, son-

dern als verantwortliche Betreiber, und dann müssen solche Dinge auch in den Händen der Bürger bleiben und nicht irgendwann in die Verfügung der Kommune zurückgehen.

Um diesen Gedanken zu stärken benötigen wir immer stärker das Amt der Freiwilligen oder den Zug zum Ehrenamt. In Bremen gibt es eine bundesweit bekannte Einrichtung, die in der Lage ist, Menschen zu sensibilisieren, ein Ehrenamt, eine Freiwilligenarbeit aufzunehmen. Ich möchte die Nachfrager bei der Freiwilligenagentur einmal Kunden nennen, aber auch die Grenzen der Freiwilligenarbeit aufzeigen, auch das ist wichtig. Freiwilligenarbeit darf man nur so weit in Kauf nehmen oder akzeptieren, als sie nicht so weit geht, dass derjenige, der sich freiwillig mit einer Aufgabe beschäftigen will, von dieser Aufgabe so weit in Beschlag genommen ist, dass ihm für seine eigene Freizeit keine Zeit mehr bleibt.

Auf diese Möglichkeiten müssen potentielle neue Gruppen, die an der bürgerorientierten Kommune teilnehmen wollen, hingewiesen werden. Bürgerschaftliches Engagement wird als essentiell für das gesellschaftliche und soziale Klima in einer Stadt angesehen. So sagt es auch zu Recht der Senat, und wir Christdemokraten teilen das.

Nicht jedes bürgerschaftliche Engagement kann eine Kunsthalle oder einen Bürgerpark schaffen. Daran muss man auch erinnern. Es waren Bürger dieser Stadt, die sich zusammengetan haben, die diese beiden und viele andere Einrichtungen aus sozialem, bürgerlichem Engagement geschaffen haben.

(Beifall bei der CDU)

Ein sicherer Spielplatz für die eigenen Kinder und die Kinder der Nachbarschaft, ein Bewohnertreff oder das gemeinsame Überwinden von Grenzen, die durch eine Krankheit auferlegt worden sind, sind alle Anstrengungen wert, meine Damen und Herren! Unsere Aufgabe ist es, sie finanziell abzusichern, auf den Weg zu bringen und zu begleiten. Geld genug können wir meistens nicht mit auf den Weg geben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Kommune Bremen ist ausgezeichnet worden. Darauf können wir stolz sein! Mit „Wohnen in Nachbarschaften“ und anderen Projekten haben wir viel Bürgerbeteiligung auch für die Zukunft ermöglicht. Sichern wir dies, und seien wir ein bisschen stolz auf einen Preis, den uns Außenstehende, nicht Bremer, zuerkannt haben! - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort Frau Senatorin Adolf.

Senatorin Adolf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nürtingen in Schwaben, Leipzig und Bremen sind nach Ansicht der Bertelsmann-Stiftung die bürgerorientiertesten Städte der Bundesrepublik. Unter 83 Bewerbungen belegten diese drei Städte im Wettbewerb „Bürgerorientierte Kommune“ die ersten Plätze, und Ende Oktober verliehen die Stiftung und der Verein „Aktive Bürgerschaft“ die Siegerurkunden im Rathaus in Münster.

Als im „Weser-Kurier“ und in überregionalen Zeitungen über die Preisverleihung berichtet wurde, mögen sich hier in Bremen viele gefragt haben, warum nun gerade wir besonders bürgerorientiert sein sollen, was es hier Besonderes gibt. Herr Dr. Güldner hat eben auch in diese Richtung Fragen aufgeworfen und Kritik geäußert. Ich glaube, das hängt damit zusammen, dass wir unseren Blick zu sehr auf Schwierigkeiten richten und immer noch und immer nur die Probleme sehen, wo Lösungen schon lange zumindest sichtbar oder schon sogar umgesetzt sind. Ich finde, wir dürfen uns auch ruhig einmal nach vorn wenden und uns loben und beglückwünschen, wenn einmal etwas richtig gut gelungen ist. Positive Begleitung ist auch angezeigt, wenn wir den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Genau das hat die Bertelsmann-Stiftung getan. Der Preis ging an die Freie Hansestadt Bremen, das heißt an die gesamte Kommune. Das sind nicht nur die Verwaltung oder der Senat oder die Politik oder einzelne Einrichtungen, sondern das sind alle Bürgerinnen und Bürger, die in Bremen leben. Wir alle zusammen bilden gemeinsam diese bürgerorientierte Kommune, die nun ausgezeichnet wurde. Das ist etwas anderes als Konsumenten auf der einen und Anbieter staatlicher Dienstleistungen auf der anderen Seite, das ist ein lebendiges Gemeinwesen. Dieser Preis bedeutet eine Anerkennung nicht für eine fertige Leistung, sondern für einen Prozess.

Es ist deswegen auch nicht die Gelegenheit, sich zurückzulehnen und zu sagen, fertig, das haben wir jetzt hinbekommen, abgehakt! Es ist vielmehr ein Ansporn, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Lassen Sie mich einen Satz aus der Urteilsbegründung,

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

aus der Urteilsbegründung, so heißt es sogar, aus der Preisbegründung der Bertelsmann-Stiftung zitieren: „Bremen zeichnet sich besonders durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Um-

feld von Entscheidungen und die Übernahme öffentlicher Aufgaben aus.“

Bedeutsam für die Bewertung durch die Stiftung waren unter anderen, und viele Projekte sind hier genannt, die Einbeziehung von Jugendlichen in die Planungen für das Jugendfreizeithaus Thedinghauser Straße, der Sportgarten in der Pauliner Marsch, der aus dem Viertelparlament von Kindern und Jugendlichen in der östlichen Vorstadt hervorgegangen ist, und das Programm „Wohnen in Nachbarschaften“ mit seinen vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten für die Bewohnerinnen und Bewohner.

Der Weg, den wir mit diesem Prozess beschreiten, ist nicht immer der einfachste, das wissen Sie auch. Wer Beteiligung will, der muss Meinungsunterschiede aushalten und Schwierigkeiten bewältigen, er muss sich den Diskussionen stellen und Entscheidungsprozesse am Ende auch vermitteln. Das ist auch in meinem Ressort der Fall. Sie wissen, dass wir mit den Jugendlichen der Thedinghauser Straße zum Beispiel noch nicht am Ende der Umsetzung ihrer Wünsche sind, wir werden die Diskussion dort sicherlich weiterführen. Das bedeutet dann aber auch Einbeziehung von Jugendlichen bis zum Ende eines Prozesses, den wir dann auch als Verantwortliche finanzieren müssen.

Lassen Sie mich vielleicht zum Abschluss noch etwas Grundsätzliches zum Thema Bürgerengagement sagen! Sie werden zu Recht fragen, warum wir uns hier in Bremen überhaupt mit der Frage der Förderung des Bürgerengagements und der bürgerlichen Teilhabe befassen. Thomas Rauschenbach, ein Soziologe, hat sehr provokativ in diesem Zusammenhang eine Begriffserklärung gefordert. Er fragte, ob es beim Ehrenamt, bei der Freiwilligenarbeit eigentlich wirklich um Sinn, Zuwendung, Engagement und private Verantwortung oder nicht vielmehr um Finanzen, Deregulierung, Selbstbeteiligung und staatlichen Rückzug aus der Verantwortung gehe.

Ich halte es für falsch, diese beiden Seiten so gegenüberzustellen, als würden sie sich ausschließen. Es wäre unaufrichtig, den Zusammenhang zwischen der Thematisierung von Bürgerengagement und der Situation der öffentlichen Haushalte zu leugnen. Das Thema Ehrenamt hat Konjunktur, nicht nur in Bremen, sondern in allen Kommunen, seit die öffentlichen Haushalte Kürzungen bei bisher erbrachten Leistungen vornehmen müssen. Aber das ist es nicht allein. Wir wollen eine Mobilisierung von Verantwortlichkeit für alle Bereiche des gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in unserem Zwei-Städte-Staat, auch aus fachpolitischer Verantwortung.

Eines ist dabei auch klar, das Bürgerengagement braucht den Sozialstaat, denn erst der Sozialstaat ermöglicht und unterstützt Engagement. Hier blenden neokonservative Sozialstaatskritiker gern aus, dass nur die Sozialstaatsbürger den Rücken frei haben, um sich sozial und politisch für das Gemeinwesen überhaupt einsetzen zu können. Es ist doch kein Zufall, dass in Selbsthilfegruppen, selbst organisierten Vereinen und Verbänden gerade diejenigen aktiv sind, die nicht um das tägliche Überleben kämpfen müssen. Fest steht, wer auch in biographischen Krisen abgesichert ist, ist eher bereit und in der Lage, sich für andere einzusetzen. Deshalb möchte ich hier festhalten, Sozialstaat und Bürgerengagement brauchen einander.

(Glocke)

Präsident Weber: Sind Sie bereit, eine Zwischenfrage anzunehmen?

Senatorin Adolf: Ja, bitte!

Präsident Weber: Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Bezogen auf Ihre letzten Ausführungen, die ich für sehr wichtig halte und die man nur unterstreichen kann: Wie schätzen Sie dann die geplante Kürzung der Übungsleiterpauschale für die ehrenamtlichen Übungsleiter im Sport durch den Senat in Höhe von einer Million DM ein, unter diesem Aspekt?

Senatorin Adolf: Ich glaube, dass man hier nicht einen einzelnen Aspekt herausgreifen kann, sondern dass es ein Gesamtbild ergeben muss. Ich kann auch jetzt nur für mein Ressort sprechen, ich vertrete jetzt in diesem Punkt keine abgestimmte Meinung des Senats. Für uns ist deutliches Ziel, gerade die zu fördern und zu stärken, die engagierte Bürger ermutigen, sich selbst zu beteiligen und für die Gemeinschaft tätig zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Die sollen auch in Zukunft von uns bevorzugt gefördert werden.

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehen Sie das in diesem Punkt, den ich nachgefragt hatte, so umgesetzt, gerade die soziale Komponente, dass nur die sich engagieren können, die finanziell abgesichert sind?

Senatorin Adolf: Sie werden jetzt hier von mir keine Bewertung bekommen. Ich bin für meinen Bereich an dieser Stelle verantwortlich, und da habe ich Ihnen eben die Zielrichtung erklärt.

Wie Sie alle wissen, haben wir in Bremen eine große Anzahl von traditionsreichen Vereinen und von Organisationen, die auf eine sehr lange Geschichte zurückblicken und auf eine jahrhundertealte Tradition der guten Bürger zurückschauen können. Zusammen mit den neueren Vereinen, Projekten, Selbsthilfegruppen und Initiativen zeigen diese Verbände und Vereine, was gelebte Bürgergesellschaft bedeutet. Der Senat möchte seinen Beitrag leisten, um dem Ziel der Bürgerstadt einen weiteren Schritt näher zu kommen.

Wie Sie der vorgelegten Drucksache entnehmen können, hat der Senat unter anderem dazu eine Staatsräte-Steuerungsgruppe eingesetzt, die Vorschläge dazu entwickeln wird, wie die Zielvorstellung der Bürgerstadt auch in das Thema Verwaltungsreform einbezogen werden kann, wie sie praktisch umgesetzt werden kann, wie Bürgerengagement zu fördern ist. Das Engagement und die konstruktive Mitwirkung der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen der Verwaltung ist hierbei notwendig, ja sogar unverzichtbar. Aber die notwendigen Reformschritte können dabei auch nicht allein aus dem Senat oder allein aus der Verwaltung heraus erfolgen. Es gibt viele Kritiker, die solche Versuche, die Verwaltungsreform in erster Linie und ausschließlich von Verwaltungsbeamten organisieren zu lassen, damit vergleichen, dass man versucht, ein Auto von innen anzuschieben. Es muss sich, finde ich, hier um einen gemeinsamen Prozess handeln, der von Bürgerinnen und Bürgern, von ihren vielfältigen Initiativen und Vereinen, von der Verwaltung und den in ihr Tätigen, aber auch von den politischen Entscheidungsträgern, auch von denen in diesem Haus, getragen wird.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie daher, diesen Bericht nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern ihn als Anstoß zu verstehen. Vielleicht gelingt es uns gemeinsam, in einem Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern dem Ziel einer lebendigen Bürgerinnen- und Bürgerstadt noch viel näher zu kommen. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch einmal aus unserer Sicht ein bisschen Wasser in den Wein hier gießen. Erst einmal geht es bei einer bürgerfreundlichen Kommune - schon

das Wort ist irgendwie komisch, aber egal -, wenn man glaubt, was dahinter steckt, wenn man das verstanden hat, um etwas Selbstverständliches, nämlich dass Politik und Verwaltung sich der Tatsache, dass der Staat kein Monopol hat, bewusst sind und dass mündige Bürger Voraussetzung in der Demokratie sind und dass alles politische Handeln darauf ausgerichtet sein muss, dass sich diese mündigen Bürger in der Stadt oder dem Bundesland betätigen können. Das ist erst einmal so allgemein wie richtig. Das wird hier sozusagen zu einem Riesen aufgeblasen, und Sie haben das entdeckt, dass man damit die Politik der großen Koalition gut darstellen kann. Ich will gleich ein paar Sachen sagen, wie es an anderen Ecken wirklich aussieht.

Es geht Ihnen eigentlich gar nicht darum, was hier wirklich passiert in Bremen. Über Fakten, was kommt bei der Bevölkerung eigentlich an, ist hier nur ganz wenig geredet worden, sondern es wird ein riesiger Popanz aufgebaut mit bürgerorientierter Kommune, und im Grunde, wenn Sie sich allein einmal die Vorlage anschauen, strotzt sie vor Abstrakta und Allgemeinplätzen, vor Fremdworten. Um Bürger ist es da nirgendwo wirklich gegangen, sondern da feiern sich Politik, also große Koalition, und Verwaltung selbst.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es geht Ihnen gar nicht darum, was hier wirklich passiert, was die Menschen in Bremen eigentlich wirklich erleben. Es geht Ihnen um den schönen Schein, das Besetzen von Modetrends oder dessen, was man gerade für Modetrends hält, und um Reklame für die große Koalition. Dafür ist dieses Thema eigentlich ein bisschen zu ernst.

(Unruhe bei der SPD)

Ich sage jetzt einmal ein paar Sachen, die hier wirklich passieren, das müssen Sie dann auch zur Kenntnis nehmen, Frau Hammerström.

(Abg. Frau Hammerström [SPD]: Sie schaffen es, aber auch alles klein zu reden!)

Die Arbeitsgruppe, die Frau Senatorin Adolf gerade erwähnt hat, tagt seit, weiß der Teufel, vier oder fünf Jahren und versucht, nun endlich eine Kooperation zwischen den Ressorts, die an den Bürgerämtern beteiligt werden, Bau, Soziales und Inneres auf jeden Fall, hinzubekommen. Herr Dr. Hoppensack könnte vielleicht einmal erzählen, was in dieser Arbeitsgruppe eigentlich in den letzten Jahren abgegangen ist und warum sie immer noch nicht zu Potte gekommen ist und warum man sich nicht auf Grenzen einigen kann, wie das denn jetzt eigentlich aussehen soll, wie kleinteilig

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

die Bürgerämter in Bremen eigentlich geschnitten werden sollen und wie die Verwaltungsbezirke aussehen sollen. Das scheitert an Ressortegoismen. Mit Bürgerfreundlichkeit hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Einsparen der Ortsamtsleiterstellen und der Stellen, die den Beiräten bei ihrer Arbeit helfen sollen, das haben wir ja in der letzten Stadtbürgerschaftssitzung hier ausführlich beredet, ist das bürgerorientiert? Hat das etwas mit den Interessen der Menschen in den Stadtteilen zu tun? Das ist doch wirklich lächerlich. Die Übungsleiterpauschale, Herr Güldner hat schon darauf hingewiesen, der Umgang mit den sich selbst aufrechterhaltenden Stadtteilbibliotheken, die hängen da doch voll in der Uhr und wissen nicht, wie es weitergehen soll, und Sie singen hier das Hohe Lied auf das bürgerschaftliche Engagement!

Oder wie geht es jetzt den Elterninitiativen, die bisher versucht haben, die Betreuung der Kinder aufrechtzuerhalten in den Bereichen, wo es keine volle Halbtagschule gibt? Die wissen doch überhaupt nicht, wie es weitergehen soll. Deren bürgerschaftliches Engagement wird doch gerade von dem Konzept der großen Koalition kaputt gemacht.

Oder der Umgang mit Volksbegehren und Bürgeranträgen! Nicht einen einzigen haben Sie hier wirklich ernsthaft behandelt, sondern in der letzten Legislaturperiode ist von diesem Kernbereich des bürgerschaftlichen Engagements und dem Versuch, Demokratie weiter nach unten zurückzugeben, alles plattgemacht worden. Das war doch einfach so! Haben Sie hier ein einziges Volksbegehren zugelassen? Das ist mit windigen juristischen Tricks und Ihrer übergroßen Mehrheit hier doch plattgemacht worden. Dann stellen Sie sich hin und erzählen der Bevölkerung, wir finden es ganz toll, wenn ihr euch hier engagiert!

Präsident Weber: Frau Abgeordnete Linnert, die Bezeichnung „windige juristische Tricks“ ist nicht angemessen!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Gut, dann sage ich einmal, mit kompetenten Juristen, die im Sinne des Senats die Sache so hinkommen haben, dass auf jeden Fall für die Bürger klar war, wehre dich ja nie!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Kürzung der Mittel für die Initiativen und Projekte, die sonst hier immer so gelobt werden! Als Erstes wird die „Solidarische Hilfe“ sterben. Wissen Sie eigentlich, wie viel Ehrenamtlichkeit dort versammelt ist? Hat Sie das wirklich interessiert, als Sie diese Vorlage mit diesem großen Lobhudeln hier verabschiedet haben?

Bei dem Projekt „Spielräume“ geht es um Sparpolitik, da geht es darum, dass man kein Geld mehr hatte, um verschmutzten Spielsand auszuwechseln. Jetzt wird versucht, und davon werden natürlich perspektivisch vor allen Dingen die Stadtteile profitieren, wo Eltern sind, die so gut gestellt sind, dass sie Geld und Ressourcen haben, um sich um die Spielplätze zu kümmern, da wird jetzt versucht, das aufzufangen, was Sparpolitik nicht mehr leisten konnte, vielleicht ja auch nachvollziehbarerweise in den Stadtteilen. Das hat etwas mit Sparpolitik zu tun, und Bürger müssen dann herhalten, um das zu kaschieren. Damit erweisen Sie der Sache einen Bärendienst.

Das vielgelobte Spendenparlament! Das Ding ist so tot wie nur etwas, trotzdem, das wird hier noch abgefeiert. Ich verstehe das nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es hat in der letzten Legislaturperiode auf der Basis einer Vorlage aus Ihrem Ressort, Frau Senatorin Adolf, eine sehr gute Auseinandersetzung hier in der Bürgerschaft gegeben über Ehrenamtlichkeit und Freiwilligenarbeit, und einhellig war allen klar, wenn man das wirklich will, dann darf man das nicht für Tagespolitik und eitle Selbstdarstellung missbrauchen. Das erweist den Bürgerinnen und Bürgern in Bremen, die das machen, und zwar zum Teil gegen die herrschende Politik, und gerade das widerständige Element ist das Zentrale daran, einen ganz schlechten Dienst und wird sie eher demotivieren. Es passieren viele Dinge in dieser Stadt, die Sie zum Teil auch erwähnt haben. Dann nehmen Sie wenigstens zur Kenntnis, dass viele Bürgerinnen und Bürger versuchen, ihr ehrenamtliches Engagement gerade gegen den Mainstream und gegen die herrschende Politik zu machen, und das Kritische und Widerständige werden diese Bürgerinnen und Bürger, auch wenn Sie das jetzt in Zukunft für sich vereinnahmen, sich bestimmt nicht abkaufen lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/79 S, Kenntnis.

Siebtens Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 11. Januar 2000
(Drucksache 15/85 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 7 vom 18. Januar 2000
(Drucksache 15/88 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Damit, meine Damen und Herren, sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt. Ich bedanke mich und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 17.11 Uhr)